Volksstimme

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17 — Fernsprecher 6802

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verlag und Expedition: Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 27 — Fernsprecher 5407

Nr. 273 | Bezugspreis: Monatlich 1.75 Mk. frei Haus. Bei Abholung 1.60 Mk. Bei den Postanstalten vierjährlich 5.25 Mk. ohne Bestellgeld. Einzelnummer 15 Pfennig. | **Halle, Donnerstag, den 27. November 1919** | Anzeigenpreis: Die 8 gespaltene Millimeter-Zeile 20 Pfennig, im Reklameteil Millimeter-Zeile 60 Pfennig. — Schluß der Anzeigen-Annahme vormittags 10 Uhr. — | 3. Jahrgang.

Die Revolutionierung des Menschen.

Halle, den 27. November 1919.

Wir leben und bleiben nicht stehen. Wir steigen weiter. Darüber gibt es keinen Streit. Oder doch? Ja, aber dann ist es ein müßiger Streit. Revolutionen ändern vieles und schneller als in normalen Zeitläufen, als die — Menschen. Als vor einiger Zeit sozialistische Minister von der Revolutionierung des sittlichen Bewußtseins sprachen und davon eine sittliche Hebung der revolutionären Epoche allgemein erwarteten, da hat wohl mancher ernster Denkende erstaunt in sich hineingehorcht. War das nicht die eigene Stimme? Aber: war das nicht auch ganz selbstverständlich? Warum mußte das erst besonders ausgesprochen werden? Freilich, die innere Stimme war wohl verhallt im Lärm des verschärften Daseinskampfes und — des Bruderzwistes. Also war es doch wohl notwendig, diesen Gedanken einmal auszusprechen. Wir haben auch tatsächlich fast nur mit ökonomischen und rein materiellen Erwägungen für unsere Sache geworben. Das war auch sehr gut, besser als nur aus idealistischen Gesichtspunkten zu agitieren. Die praktischen Erwägungen setzen eben

das Gute im Menschen

als **selbstverständlich** voraus. Also rechnete man auch ganz richtig damit, daß mit dem Fortfallen der politischen und wirtschaftlichen Hemmungen das Gute sich ganz von selbst entfalten würde. Diese Erkenntnis, dieser felsenfeste Glaube ist aber leider nicht bei allen so fest im sittlichen Bewußtsein verankert. Da scheint es zu fehlen. Wie könnten wir uns sonst so sehr in wilden Lohnbewegungen und anderen Exzessen gegen die Gemeinschaft verlieren? Aber welches ist denn das Zauberwort, der neue Glaube, an dem sich die Menschheit wieder aufrichten soll? Die zukunftsstaatlichen Ideale an sich sind es nicht allein. Jeder Arbeiter kennt sie mehr oder weniger genau in allen Verzweigungen. Aber schließlich bleibt er doch am Boden kleben, an den wirtschaftlichen, materiellen Einzelheiten. Für diese Dinge fehlt ihm in seinem Denken ein sittlicher Angelpunkt.

Wenn nun die Meinungen aufeinanderplatzen und der Fortschrittswidersacher als den letzten Trumpf seinen bewährten Gemeinplatz herausholt: Tjä, wenn wir alle Engel wären ... aber so wird es immer bleiben ... den Egoismus werdet Ihr nie abschaffen können .... Dann verliert der Vorkämpfer den Anschluß, zieht sich verärgert in sich selbst zurück und glaubt schließlich selbst nicht mehr an den tieferen sittlichen Gehalt seiner Ideen. Weil ihm die richtige Antwort fehlt, weil er selbst die letzten sittlichen Grundlagen nicht kennt, höchstens unklar ahnt.

Man sieht aber an diesem Spießerschlagwort, welche lebendig-werbende, aber auch ertötende Kraft dem auf eine kurze, klare Formel gebrachten Gedanken innewohnen kann. Das fühlen auch viele Genossen. Darum erschallt so oft aus ihren Reihen der Ruf: „Schmiedet uns geistige Waffen!" Mit Recht. Immer aber schließen solche Auseinandersetzungen damit, daß man höhnisch oder bedauernd zu hören bekommt: Ja, das ist ja alles sehr schön, aber der Egoismus usw. Es gibt aber noch mehr solch entmutigender Schlagworte.

Was ist denn Wahres an dem Gemeinplatz vom Egoismus? Darauf gibt es nur **eine** Antwort:

Den gesunden Egoismus

will niemand abschaffen. Man soll ihn aber auch nicht künstlich züchten und gesetzlich schützen, ihm nicht die Türen extra weit aufmachen. Das tat man bisher durch Vorrechte für diejenigen, die es im Egoismus am weitesten gebracht hatten. Durch besondere Ehren für die, die in der Uebervorteilung ihrer Mitmenschen am „tüchtigsten" waren. Man soll im Leben dem Gemeinsinn im Menschen genau soviel freien Spielraum geben, wie dem Egoismus, dann halten sie sich gegenseitig im Gleichgewicht.

Wir haben es schon in unserem sozialistischen Programm ausgesprochen, wie wir uns die Förderung des Gemeinsinnes und dadurch die Ueberwindung des ungesunden Egoismus vorstellen. Freilich sagen die Gegner des sozialistischen Gemeinschaftssinnes, daß nach unseren Grundsätzen alle Menschen zu Angestellten gemacht würden. Da würde jedes Streben, jede Individualität aufhören. Nun, wer würde es nicht als einen Segen empfinden, wenn endlich mal das Streben **der** Leute aufhörte,

die alles nur um des Geldes willen

oder der Sonderrechte willen tun? Wirklich große Geister und strebsame Talente sind noch meist verhungert. Eben weil sie über ihrem Streben nach Höherem das Materielle vergaßen, gar keine Zeit dafür hatten. Weil es für sie undenkbar war, ihr Bestes für Geld wegzuwerfen und zeitlebens stumpfsinnig am selben Strang der Habgier zu ziehen. Wer nur nach Erwerb strebt, dessen Streben entbehren wir gern. Und die Individualitäten? Hat die bisherige mechanisierte Gesellschaft jemals Individualitäten unter sich geduldet, geschweige verstanden? Es sei denn, daß es ausgeprägte Raubtierindividualitäten des Erwerbslebens gewesen wären. Oder Individualitäten anderer Art, die als mildernden Umstand eine entsprechende Zahlungsfähigkeit mitbrachten und die man dieserhalb duldete. Oder auch Künstler, mit denen man seinen Salon schmückt, sie innerlich aber bemitleidete, wenn nicht gar als überflüssig betrachtete. Erst wenn ausreichender Lebensunterhalt eine so selbstverständliche Voraussetzung sein wird, wie Luft und Licht, wenn uns nicht mehr der Hunger zwingt, Maschinen zu werden, dann wird sich unsere Eigenart entwickeln können. Dann erst wird unser Leben wirklich Farbe bekommen, wenn der Kampf um Höheres geht.

Nein, so einfach kann man die neue Weltidee nicht ablehnen. Auch nicht mit der famosen Weisheit, daß es doch stets Arme und Reiche geben werde und geben **müsse**. Schließlich müsse doch derjenige, welcher „**mehr**" gelernt habe, auch mehr verdienen. Nun, warum hat er denn „mehr" gelernt? Wahrscheinlich, weil ihm körperliche Arbeit weniger zusagte. Gewiß soll er dann auch sich geistig betätigen können, wenn seine Fähigkeiten ihn darauf hinweisen. Dann darf er also **die** Arbeit tun, die ihm zusagt, in der er sich ausleben kann und will. Und dafür soll er noch eine besondere Belohnung haben? Dafür soll derjenige, welcher die Arbeit macht, die dem anderen nicht zusagt, auch wirtschaftlich schlechter gestellt sein? Sonderbare Logik! Dann müßten wir ja den alten Grundsatz mit übernehmen:

Wer hat, dem wird gegeben.

Es hat überhaupt niemand **mehr** gelernt als ein anderer. Er hat nur **etwas anderes** gelernt. Jeder trägt unwägbare Werte körperlicher und geistiger Art in sich, die er — jeder auf seine Art — der Allgemeinheit nutzbar macht. Wenn man „zulernt", gibt man sehr oft nur ungesunde Triebe und Eigenschaften dafür auf. Man soll den Menschen also nie nach seinem Nutzungswert für einen engeren Kreis beurteilen, sondern nach seinem Wert als Mitglied des Volksganzen. Darum auch fort mit dem Begriff „Arbeitslose". Wir alle haben Anrecht auf Lebensunterhalt. Den gebe man uns. Dafür geben wir unsere Zeit und unsere Kräfte dem Ganzen.

Gerade die Verwirklichung dieser Gedanken wird ein gar nicht geringes Mittel sein, der Arbeiterschaft den festen Glauben an den sittlichen Wert unserer Ideale wiederzugeben. Vor allem aber auch wird damit

die Lust zur Arbeit wiederkommen.

Das ist not. Dann wird sich langsam aber sicher die sittliche Revolutionierung des Bewußtseins und eine sittliche Hebung der Revolution vollziehen und auch die zu uns führen, die heute noch unsere Gegner sind. Auch **die** werden wir dann in unseren Reihen sehen, die sich aus wirklich edlerem Empfinden heraus durch unsere Rauheiten noch abgestoßen fühlen, anstatt zu versuchen, mit ihrem besseren Einfluß veredelnd zu wirken.

Was ist letzten Endes der Sozialismus? Ist er nur eine Staats- oder Wirtschaftsform? Nein, er ist mehr, er ist eine Religion, **er ist das Christentum der Tat.**

Waffenstillstand im Baltikum.

Die „Tilsiter Zeitung" meldet: Mit den Letten ist ein 24stündiger Waffenstillstand abgeschlossen worden. Die Litauer haben die Eisenbahnstrecke freigegeben. Französische Offiziere von der interalliierten Baltikumkommission begaben sich auf das Gefechtsfeld, um von den Litauern unter Einsetzung des eigenen Lebens die Einstellung der Feindseligkeiten zu verlangen. Tauroggen ist von den Litauern geräumt worden.

Berlin, **26. November.** (Privattelegramm.) **Ueber die Lage im Baltikum wird berichtet: Die Letten erhielten von ihrem Oberkommando den Befehl zur Einstellung der Angriffe. Es kam aber trotzdem zu kleineren Angriffen gegen das Freikorps Brandis und gegen die Eiserne Division, die abgewiesen wurden. Im allgemeinen nur Patrouillenkämpfe. Vier Flüchtlingszüge mit 1900 Flüchtlingen, 435 Verwundeten und 225 unverwundeten Militärpersonen sind in Deutschland eingetroffen. Das früher bei Libau stehende Detachement Plehwe, 600 Mann stark, hat mit 100 Mann deutschen Boden bereits betreten, mit 500 Mann steht es in Russisch-Krettingen, 3 Kilometer östlich der Grenze. Geschlossene Transporte werden sofort in die Demobilmachungsorte weiter transportiert, um alsdann entlassen zu werden. Versprengte kommen in das Lager westlich der Weichsel, Zivilisten in das Lager Heilsberg in Ostpreußen.**

Ostpreußen bittet um Hilfe vor den zurückflutenden Truppen.

Die Verwaltung der Provinz Ostpreußen hat an den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und den Reichswehrminister Telegramme gerichtet, in denen um **Schutz** gegen die aus dem Baltikum **zurückflutenden Truppen** gebeten wird.

Blockade-Erleichterung.

Kiel, 26. November. Die Ostseestation teilt mit: Die generelle Handelsfreiheit zwischen deutschen Häfen und der deutschen Ostseeküste ist von der alliierten Waffenstillstands-Kommission für Segelschiffe und Motor-Segelschiffe bis zu 100 B.-R.-Tonnen genehmigt worden.

Noch keine Einigung in der Betriebsrätefrage.

Berlin, 27. Nov. Das Kompromiß über die Betriebsrätefragen ist noch nicht zustande gekommen und über den Bilanzparagraphen ist überhaupt noch keine Einigung erreicht. Heute vormittag soll der Ausschuß zunächst nur den Aufsichtsrats-Paragraphen beraten. Am Nachmittag werden die Vertreter der Mehrheitsparteien ihre vertraulichen Besprechungen fortsetzen.

WTB. Berlin, 26. November. (Drahtnachricht.) **Im Ausschuß der Nationalversammlung für das Betriebsrätegesetz teilte, wie die Voss. Ztg. meldet, Reichsarbeitsminister Schlicke mit, daß das Gesetz über die Reichsarbeiterräte soweit gefördert sei, daß es kurz nach Neujahr vorgelegt werden könne. Weiter kündigte der Minister das Gesetz über ein obligatorisches Schlichtungsverfahren, das zur Verhinderung von Streiks dienen soll, an. Endlich wurde mit einer unerheblichen Aenderung Artikel 37 angenommen, wonach die Betriebsräte in Betrieben mit über 100 Arbeitnehmern an einem Tage oder mehreren Tagen in der Woche eine regelmäßige Sprechstunde einrichten können, in der die Arbeitnehmer Wünsche und Beschwerden vorbringen können.**

Weltrevolution und Völkerbund.

Unter diesem Titel veröffentlicht der **Unabhängige Heinrich Ströbel** in der letzten Nummer des „Marxist" einen Artikel, der angesichts des in den letzten Tagen immer lauter vernehmbarem Ruf nach Einigung des Proletariats von besonderer Bedeutung ist.

Die Frage, ob eine Weltrevolution im Interesse des Proletariats wünschenswert ist, beantwortet Ströbel mit einem entschiedenen Nein. In überzeugender Weise tritt er den Beweis für diese Behauptung an, indem er

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919 | **Hauptgewinne jährlich 10 mal 1.000.000 Mark** | **Erste Gewinnziehung im März 1920**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191127-11/fragment/page=0001

nachweist, daß schon ein Streik im Ruhrgebiet nicht nur die deutsche, sondern auch die belgische und französische Industrie ins Stocken bringt. Er sagt: „Wenn nun infolge der Weltrevolution die Nahrungsmittel-, Kohlen- und Rohstofftransporte aus Amerika und England ins Stocken geraten, ... so wären die Folgen für Westeuropa gar nicht ausdenkbar. Oder bildet man sich etwa ein, daß auch nur Deutschland aus Rußland mit Lebensmitteln und Rohstoffen versorgt werden könne, wenn die westlichen Zufuhren aufhörten? In Rußland liegt das Transportwesen, liegen infolge des unaufhörlichen Bürgerkriegs, Landwirtschaft und Bergbau derart darnieder, daß ein beträchtlicherer Export aus Rußland erst in Jahren erwartet werden könnte.“ Alsdann kommt Ströbel auf die Möglichkeit der Umwandlung der kapitalistischen Produktion in eine sozialistische zu sprechen und sagt, daß sie „inmitten internationaler revolutionärer Zuckungen, inmitten eines Zeitalters fortwährender Bürgerkriege“ unmöglich sei.

Seine Meinung über die Aussichten der Sozialisierung, die Weltrevolution und den Weg, der uns zum Sozialismus führt, faßt er folgendermaßen zusammen:

„Aber gerade auch wenn die Weltrevolution mit der Rätediktatur enden würde, so unaeheuer komplizierte organisatorische Umgestaltungen wie eine Sozialisierung industriell sortaeschrittener Länder lassen sich nun einmal nicht betreiben und improvisieren, sondern nur allmählich und schrittweise durchführen, wenn nicht selbst das ganze Wirtschaftsleben in heillosteste Unordnung gebracht werden soll. Da nun aber der ungestüme Drang der Massen diese in den Verhältnissen liegenden Hemmungen selbst nicht anerkennen würde, würde sich die Sozialisierung in so willkürlichen sektenlosen Formen vollziehen, daß man dasselbe Wirtschaftschaos erlebte, wie in Rußland. Nur mit dem Unterschied, daß das Chaos für die unaleich wichtiaere Industrie der Weststaaten hundertmal katastrophaler sein würde!

Der Ruf nach der Weltrevolution ist also eine Kopflosigkeit, ein törichter Stimmungsradikalismus, von dem sich verständige Sozialisten endlich emanzipieren sollten. Gerade wer es mit dem Sozialismus ehrlich meint, wer die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsideale erlebt, sollte nicht ein politisches Chaos herbeiführen suchen, das jede praktische Sozialisierungsarbeit unmöglich machen, unsagbares Unglück über die Volksmassen bringen und nur der Reaktion Wasser auf die Mühle liefern würde. Nicht nur der Sozialismus wäre dann auf Menschenalter vertagt, sondern selbst die Demokratie wäre dann zur Strecke gebracht, aller Gewinnst der Revolution schmählich verzettelt.

Nicht die Weltrevolution, sondern nur die Demokratisierung der Welt kann den Sozialismus bringen. Die Welt aber helfen wir dadurch demokratisieren, daß wir die deutsche Demokratie zur Wirklichkeit und zu einem starken Instrument der deutschen Arbeiterklasse machen. Die ausschlaggebende Macht aber wird das Proletariat nur dann in Deutschland, wenn es sich zu ehrlicher und tatkräftiger politischer Arbeitsgemeinschaft vereinigt. Eine solche Einigung hinwiederum ist nur durchführbar, wenn die Linke sich von dem Phantom der Weltrevolution losreißt.“

Entschieden setzt Ströbel sich dann für den vom Viererrat gegründeten Völkerbund ein, der trotz seiner vielen Fehler und Mängel der Anfang zu einem wirklichen Völkerbund sei.

Wir haben den Ausführungen Ströbels nichts hinzuzusetzen, als den Wunsch, daß alle Unabhängigen so entschieden die Weltrevolution ablehnen und für die Demokratie eintreten. Dann wird der Einigung des Proletariats auf dem Boden der alten sozialdemokratischen Partei nichts mehr im Wege stehen.

Der Konflikt in Bitterfeld,

der sich ursprünglich zum Generalstreik über Mitteldeutschland auswachsen sollte, konnte schon gestern als beigelegt gelten. Bei den Verhandlungen wurde folgende Verhandlungsgrundlage gefunden, auf die sich beide Parteien einigten:

Als Grundlage für die Verhandlung über die Frage der Aufhebung des Ausnahmezustandes über den Kreis Bitterfeld werden von den in der Anwesenheitsliste aufgeführten Personen einstimmig folgende Punkte anerkannt:

1. Die Ausführungsbestimmungen, z. B. Sperrzeit, Versammlungsverbot usw., die General Maercker zur Durchführung des Ausnahmezustandes erlassen hat, werden gemildert oder aufgehoben, sobald und soweit die örtlichen Verhältnisse es gestatten. Oberstleutnant Reinicke wird General Maercker sofort über die Lage in Bitterfeld unterrichten.

2. Der Oberstleutnant Reinicke wird die Truppen von den Werken der Grube Leopold sofort und so weit zurückziehen, als ihre Unterbringung in anderen nahegelegenen Quartieren möglich ist. Es wird allerseits anerkannt, daß die Belegung des Werkes mit Truppen lediglich eine Unterbringungsfrage ist, in keinem Falle aber einen Druck auf die Arbeiter zur Arbeitsfortführung darstellt. Die anderweitige Unterbringung der Truppen, die sich noch auf Elektron I und auf den Anilinwerken befinden, erfolgt, sobald die Arbeit auf diesen Werken aufgenommen ist.

3. Die Aufhebung des Haftbefehls gegen Haar und die Frage der Lohnherabsetzung bilden nicht den Gegenstand des augenblicklichen Streiks, die Lösung dieser Fragen bleibt allein den Vereinbarungen der Beteiligten überlassen.

4. Die Anwesenden sind sich ferner darüber einig, daß die Aufhebung des Ausnahmezustandes selbst allein Sache des Reichspräsidenten ist, der von Oberstleutnant Reinicke sofort durch die vorgesetzte Dienststelle über die Lage unterrichtet wird.

5. Die zur Erörterung vorstehender Grundlagen einzuberufenden Versammlungen werden vom Militärbefehlshaber in dem Umfange genehmigt, daß heute oder morgen in jedem Betriebe die erforderlichen Versammlungen abgehalten werden dürfen. Dabei wird ausdrücklich auf Ziffer 5 der Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über den Ausnahmezustand verwiesen.

Bei Schluß der Redaktion war uns noch kein endgültiges Resultat über das Ergebnis der Arbeiterabstimmung über den Streik zugegangen. Es sollen bisher von 30000 in Betracht kommenden Arbeitern 5000 für den Streik und 4800 gegen den Streik gestimmt haben. Das Ergebnis ist aber noch nicht feststehend.

Die deutsche Hilfe für Wien.

Berlin, 27. November. Das Reichskabinett hat, der „Voss. Ztg.“ zufolge, eine umfassende Hilfaktion für Wien beschlossen. Für Dezember sollen von jeder Brotkarte in Deutschland 50 Gramm weniger ausgegeben werden und die gesamte Ersparnis (es kommen rund 40 Mill. Nichtselbsterzeuger als Brotkarteninhaber in Betracht) von zwei Millionen Kilogramm in der Woche soll den Wienern zur Verfügung gestellt werden. Sämtliche Parteien der Nationalversammlung haben ihre Zustimmung erteilt mit Ausnahme der Unabhängigen, die zwar auch ein solches Mehlquantum zur Verfügung stellen, aber keine Abzüge von der Brotkarte zulassen wollen.

Die deutsche Bevölkerung, die selber recht beschränkt lebt, wird gern das kleine Solidaritätsopfer für ihre österreichischen Volksgenossen bringen, zumal die „weltbeglückende“ Entente, die den hungernden Oesterreichern sehr gut helfen könnte, recht zurückhaltend ist.

Die deutsche Kriegsgefangenen-Antwortnote.

Berlin, 26. Nov. Die Reichsregierung hat auf die letzte Kriegsgefangennote der Entente mit einer Note geantwortet, die heute in Paris übergeben wird und u. a. sagt:

Die französische Regierung stellt die Behauptung auf, sie habe niemals etwas anderes versprochen als die Bestimmungen des Friedensvertrages zu erfüllen. Sie hat anscheinend ihre amtliche, durch die „Agence Havas“ am 29. August 1919 veröffentlichte Bekanntmachung vergessen, in der sie sich zur raschen Heimschaffung der deutschen Kriegsgefangenen verpflichtet. Es wurde in Anbetracht des Entgegenkommens der deutschen Regierung in der Kohlenfrage usw. die Einsetzung einer Kommission beschlossen zur schnellen Regelung der Kriegsgefangenenfrage.

Im letzten Teil der Note werden an Hand der Tatsachen die „Beschwerden“ der französischen Regierung zurückgewiesen, und wird hierbei u. a. besonders auf die Bereitwilligkeit der deutschen Regierung in der Wiederaufbaufrage usw. erinnert.

Erstabdruck in Deutschland!

Morgen Freitag

beginnen wir mit dem Abdruck eines neuen Romans. Nach erheblichen Mühen ist es uns gelungen, das Werk eines der größten Dichter der Jetztzeit zu gewinnen.

Henri Barbusse: „Die Hölle“

ist ein Werk, das, trotzdem es erst in der allerneuesten Zeit geschrieben wurde, Weltruf genießt. Ueberall spricht man von diesem Werk und jedem, der es gelesen, war es Genuß, Erhauung, Erhebung, Aufrichtung, inneres Erlebnis und Weggehrung fürs Leben. Kein landläufiger, alltäglicher Roman, sondern das Werk eines tiefen, wahren Dichters, der zu seinem Volke, zu den Menschen spricht und das jeder mit erfühlt, erlebt. Der Abdruck „Der Hölle“ beginnt in der nächsten Nummer der

„Volksstimme“.

Deutschland, England und der Völkerbund.

Amsterdam, 26. November. „Daily Chronicle“ schreibt, daß der Bericht des Pariser Korrespondenten der „New York Sun“, daß man in britischen Kreisen geneigt sei, Deutschland infolge der Weigerung des Vereinigten Staaten sofort zum Völkerbund zuzulassen, nicht den Tatsachen entspreche. In gut unterrichteten Kreisen sei man der Ansicht, daß keine Möglichkeit besteht, Deutschland sofort zum Völkerbund zuzulassen. Ein derartiger Beschluß könne von der Versammlung des Völkerbundes nur mit Stimmeneinheit gefaßt werden und eine derartige Versammlung werde nicht früher stattfinden als etwa 2½ Monate nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages.

Aegyptischer Protest gegen England.

Paris, 26. November. Das ägyptische Nationalkomitee hat an die „Humanité“ ein Telegramm gerichtet, in dem es gegen das Vorgehen der englischen Truppen gegen die friedliche Bewegung des ägyptischen Volkes zur Erlangung seiner Unabhängigkeit protestiert. Der Präsident der ägyptischen Friedensdelegation richtet auch an Präsident Wilson ein Telegramm, in dem er diesen beschwört, das ägyptische Volk zu unterstützen.

Das Reichsschulgesetz.

Berlin, 26. Nov. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ anderen Darstellungen entgegen meldet, wird das wirkliche Reichsschulgesetz im nächsten Jahre durch die Reichsschulkonferenz vorbereitet werden. In dieser Konferenz werden die Lehrer aller Arten im weitesten Umfange vertreten sein. Ein Vierunddreißiger-Ausschuß wird ausschließlich Vertreter dazu ernennen und den Tagungsplan der Reichsschulkonferenz vorbereiten. Die Vorarbeiten sind Sache der Reichsregierung und der einzelnen Landesregierungen, wie der Gemeinden. Es besteht an keiner Stelle die Absicht, der Lehrerschaft den Einfluß zu verkürzen, auf den ihr sachmännisches Urteil Anspruch erheben kann.

Die preußische Hochschulreform.

Berlin, 26. November. WTB. meldet: Der Staatshaushaltsausschuß der preußischen Landesversammlung hat sich im allgemeinen für die Hochschulreform im Sinne der Regierungsvorschläge entschieden. Unter anderem verlangt der Ausschuß, daß die akademischen Assistenten anständiger gestellt werden sollen. Es soll ein besonderer Fonds geschaffen werden für die Erteilung von staatsbürgerlichem Unterricht an den Universitäten. An diesem Unterricht sollen die Oberlehrer und Lehrer teilnehmen, in erster Händen später der Unterricht der Schüler in der Bürgerkunde liegt.

Schlußtermin der Sparprämienanleihe.

WTB. Berlin, 25. Nov. Da immer noch auf zahlreichen Plakaten der Endtermin der Sparprämienanleihe nicht hat verbessert werden können, wird nochmals darauf hingewiesen, daß der Endtermin für die Zeichnungen wegen der Verkehrssperre auf den 3. Dezember, mittags 1 Uhr festgelegt ist.

Das ist ganz was anderes!

In einer Berliner Betriebsversammlung hatte vor ein paar Tagen ein mehrheitssozialistischer Arbeiter in der Erregung über das monarchistische Treiben gesagt: wenn die Monarchisten einen Putsch anfingen, dann würden die Laternenpfähle in Berlin nicht ausreichen, um ihre Führer aufzuhängen. Diese Aeußerung, die im „Vorwärts“ sofort als eine Entgleisung mißbilligt wurde, hatte der deutschnationalen Presse Anlaß zu einem ungeheuren Entrüstungsschrei gegeben. Ganz etwas anderes ist es natürlich, wenn die parteioffiziöse Korrespondenz der Deutschnationalen Volkspartei in einem Artikel ihrerseits mit dem Massenaufhängen der Führer der Linken droht. Der Artikel sagt, daß die Linke an der Widerstandskraft des deutschnationalen Bürgertums ihr blaues Wunder erleben würde und fährt wörtlich fort:

„So wehrlos wie die Münchner Geiseln würde es sich nicht in die Hände fanatisierter Gegner gehen. Und sollte es zu einem Kampf mit allen Mitteln kommen, so würden die Deutschnationalen selbstverständlich nicht das Hauptgewicht auf die Auseinandersetzung mit den Verführten und Verhetzten auf der Straße legen, sondern sie würden sich an die Parteiführer halten müssen, die in so unverantwortlicher Weise mit dem Feuer spielen. Das mag man auf der Linken wohl bedenken, ehe man die mit Verdächtigungen und Verleumdungen betriebene Aufreizung gegen die Deutschnationalen fortsetzt.“

Das ist nicht die Aeußerung irgendeines unverantwortlichen Parteimitgliedes, sondern so schreibt in einem wohlüberlegten Artikel das offizielle allbsutsche Parteiorgan. Hier wird der Massenmord der sozialistischen Führer als Parteiprogramm bei einem reaktionären Putsch verkündet. Was sich alle diejenigen merkenmögen, die Terror und Blutherrschaft nur für eine bolschewistische Spezialität halten und glauben, daß der Umsturz von rechts auf jeden Fall mit anständigeren Waffen und Mitteln kämpft als der von links.

Kurze Notizen.

Demission französischer Minister. In der Dienstag-Sitzung des Ministerrates haben die bei den Kammerwahlen nicht mehr gewählten Minister und Unterstaatssekretäre Clemenceau ihre Demission überreicht.

Tittoni demissioniert. Die vom Minister des Aeußern Tittoni eingereichte Demission wurde angenommen. Senator Scialoji wurde zu seinem Nachfolger ernannt.

Zum ersten Vorsitzenden der Zentrumsfraktion wurde gestern der Staatssekretär a. D. Trimborn einstimmig gewählt, zum zweiten bezw. dritten Vorsitzenden wurden die Abgeordneten Becker und Leicht wiedergewählt.

Parteinachrichten.

Zur Einigungsfrage.

Aus dem Büro des Parteivorstandes wird uns geschrieben:

Die Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie hat an die Vorstände der sozialdemokratischen Parteien das Ersuchen gerichtet, einer von der Zentralstelle gebildeten Kommission eine Unterredung zu gewähren, zur Herbeiführung einer gemeinsamen Front gegen die reaktionären Treibereien. Die Unabhängige sozialdemokratische Partei hat der Zentralstelle darauf geantwortet, daß sie diese Körperschaft als nicht geeignet zur Herbeiführung solcher Verhandlungen betrachtet. Vertreter des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hatten mit der Kommission der Zentralstelle auf deren Wunsch eine Unterredung. Unsere Genossen wiesen auf den Beschluß des Weimarer Parteitages hin, erklärten aber, daß der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands jederzeit bereit sei, unter Voranstellung der prinzipiellen Gesichtspunkte, über die unter Sozialisten keine Streitigkeiten bestehen, und unter Zurückstellung aller Meinungsverschiedenheiten persönlicher Art mit der Parteileitung der U. S. P. zu Unterhandlungen zusammenzutreten, die zur Bildung einer, alle Sozialisten umfassenden Arbeits- und Kampfesgemeinschaft gegen die Reaktion führen könnten.

Soziales.

Sozialattaches.

Wie die „Soziale Praxis“ (Nr. 5, 1919) berichtet, ist dem Berliner Stadtrat Sassenbach, Mitglied des Vorstandes des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, angeboten worden, als Sozialattaché zur deutschen diplomatischen Vertretung in Rom zu gehen. Sassenbach will sich indessen darauf beschränken, in Rom sechs Wochen im Dienste des Reiches zu verweilen. Er wird auch in anderen Ländern die Verbindung zwischen der deutschen Vertretung und der ausländischen Arbeiterbevölkerung herstellen müssen. Die „Soziale Praxis“ hebt mit Recht hervor, daß dem Deutschen Reiche mit Besuchen von ein paar Wochen nicht entscheidend gedient ist. In dieser Hinsicht verdient das Beispiel Norwegens Beachtung. Dessen Regierung hat in die europäischen Hauptstädte sozialpolitische Beräte entsandt. Der norwegische Sozialattaché in Berlin ist der frühere sozialistische Parlamentarier Bonnevia. Er hat bereits zu den großen Gewerkschafts- und Räteorganisationen, wie auch zu den führenden sozialreformerischen Institutionen und zu industriellen Arbeitgeberkreisen Fühlung genommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191127-11/fragment/page=0002

Die Ernährungsfrage in der Nationalversammlung.

Berlin, 26. November. 119. Sitzung.
Am Ministertische: Schmidt.

Abg. Dr. Semler (Dn.) begründet die Interpellation Arnstadt und Dr. Heinze betreffend die

bedrohliche Gestaltung der Ernährungsfrage

infolge der schlechten Witterungsverhältnisse. Bleiben uns noch einige Wochen offenen Wetters, so können wir hoffen, über das Allerärgste hinwegzukommen. Die Zwangswirtschaft fesselt jedoch den Produzenten. Die Grundlage der Landwirtschaft muß neu aufgebaut werden. Die Regierung muß für Saatgetreide und Saatkartoffeln sorgen, sonst entsteht im Frühjahr ein Vakuum. (Widerspruch links; Beifall rechts.)

Abg. Herold (Zentrum) begründet die Interpellation Trimborn Ztr.) betreffend Förderung und Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung und zugleich den Antrag Blum (Ztr.) betreffend Milderung der durch den Frost verursachten Schäden an Hülsenfrüchten. Die Gefahr des Uebergangs zur extensiven Wirtschaft wächst zum Schaden unserer gesamten Volkswirtschaft und Volksernährung. Die Valutadifferenz nötigt uns, auf absehbare Zeit unseren Ernährungsbedarf nach Möglichkeit aus der eigenen Produktion zu decken. Die Weltmarktpreise können für uns nicht maßgebend sein. Zur Milderung der Schäden bei den Hackfrüchten soll bis zur Bergung der Hackfrüchte die Arbeitszeit verlängert werden. Eilgüterzüge müssen die Kartoffeln in die Verbraucherbezirke tragen. Die Stickstoff- und Kaliwerke müssen mit Kohle beliefert werden im Interesse der Allgemeinheit. (Beifall im Zentrum.)

Minister Schmidt:

Die für die Kartoffeln eingeführte Schnelligkeitsprämie hatte keinen vollen Erfolg wegen der Verkehrs- und Witterungsschwierigkeiten. Ein guter Teil der ungeernteten Kartoffeln, besonders in Pommern, dürfte für die Ernährung noch zu retten sein, da die Schneedecke das Erfrieren hinderte. Die Verkehrssperre mit der bevorzugten Beförderung von Kohle und Lebensmitteln hat aber nicht der Erwartung entsprochen. Um einen großen Teil der Zuckerrüben zu retten und zu verhindern, daß sie verfüttert werden, müssen wir die Zuckerpreise erhöhen. Die Fettrationen hoffen wir auf der jetzigen Höhe erhalten zu können. Die Steigerung der Margarinefabrikation ist eine Kohlenfrage. Ich nehme die Streikdrohungen der Landwirtschaft noch immer nicht ernst, denn ich kann mir nicht denken, daß sie unsere ganze Ernährung werden über den Haufen werfen wollen. Das heimische Brotgetreide müssen wir möglichst restlos erfassen. Ich richte an die Landwirte die Bitte, kein Brotgetreide zu verfüttern. Gegen das Schiebertum wird hoffentlich das neue Wuchergesetz günstig wirken. Das Prinzip, einen Teil eines landwirtschaftlichen Erzeugnisses zwangsweise zu erfassen, den Rest für den freien Handel freizugeben, würde starke Verärgerungen mit sich bringen. Es erscheint mir fraglich, ob wir das nächste Jahr die Freigabe des Hafers beibehalten sollen und können, da im Hinblick auf die hohen Preise jetzt plötzlich viel mehr Hafer angebaut wird. Die

Mehleinkäufe im Auslande

müssen bei dem Valutastand auf das geringste Maß beschränkt werden. Vorläufig scheint mir die Gefahr eines Uebergangs zur extensiven Wirtschaft nicht allzu groß zu sein. Wir brauchen nicht allzu schwarz zu sehen. Auch beim Viehstand macht sich die Tendenz eines, wenn auch noch geringen Aufstiegs, doch bemerkbar. Auch die Schweinehaltung zeigt einen Aufstieg. Wir werden in der Lösung der Landarbeiterfrage große Schwierigkeiten haben. Die städtischen Arbeiter, die aufs Land gehen, verlangen anständige Wohnungen und Löhne. Die Landwirte wollen keine Tarife bewilligen. Es rächt sich jetzt, was die Landwirte versäumt haben.

Der kleine Besitz, der kleine Bauernstand muß begünstigt werden. Das Siedelungsgesetz wird dabei helfen. Die Entbehrungen der Stadtbevölkerung in der Ernährung sind so groß, daß es nicht verwunderlich ist, wenn eine große Erbitterung und Erregung in der städtischen Bevölkerung sich zeigt und sich auch politisch auswirkt. Demgegenüber hat der landwirtschaftliche Besitz von solchem Mangel doch keine Ahnung. Die Grundlage unserer Ernährung muß vegetabilisch bleiben. Die Zwangswirtschaft kann noch nicht aufgehoben werden. Zu umfangreicher Einfuhr haben wir kein Geld. Wir können die Lebensmittelpreise

nicht ins Ungemessene steigern,

weil sonst wieder eine Steigerung der Löhne die Folge sein müßte. Dafür bin ich nicht zu haben. (Beifall bei der Mehrheit.)

Es folgt die **Besprechung der Interpellation.**

Abg. Wachhorst de Wente (Dem.): Wir sind mit Brotgetreide bis in den Februar gedeckt. Erfreulich ist es, daß wir der notleidenden österreichischen Bevölkerung von unseren geringen Vorräten noch ein Weniges abgeben konnten. (Bravo!)

Abg. Frau Lodahl (Soz.): Die städtischen Arbeiter auf dem Lande streiken, weil sie sich die unwürdige Behandlung durch die Gutsbesitzer nicht gefallen lassen können. (Lärm rechts.) Die Landwirte sollten das Betriebsrätegesetz begrüßen. Die Industriearbeiterschaft ist unterernährt, die Landarbeiterschaft im allgemeinen nicht. Wenn dann der städtische Arbeiter, der zur Selbsthilfe durch Schieberware zu teuren Preisen greifen muß, zu Lohnforderungen und zum Streik kommt, ist es nicht zu verwundern. Eine Freigabe der Wirtschaft ist ein Mißgriff. Wenn die Landwirtschaft so vaterlandsliebend ist wie sie angibt, dann soll sie im Interesse der Gesamtheit dafür sorgen, daß der Abbau der Zwangswirtschaft Hand in Hand mit dem Aufbau des Genossenschaftswesens gehen kann. Es muß eine enge Verbindung zwischen landwirtschaftlichen und städtischen Genossenschaften geschaffen werden. Wir sehen die Berliner Kinder nicht nur dahinsiechen, sondern dahinsterben. Da geht es (zur Rechten) Ihren Kindern doch anders. (Zuruf von der Rechten: Wir haben doch Ihre Kinder aufs Land genommen. — Lebhafte Unruhe rechts.) Die Regierung muß die schärfsten Maßnahmen ergreifen, damit mehr Milch in die Städte kommt. Wo sollen die Industriearbeiter herkommen, wenn wir in den Städten keinen Nachwuchs mehr haben? Wenn die Städte besser beliefert werden, steigt die Arbeitskraft, das hat man in den letzten Monaten gemerkt, als amerikanische Lebensmittel unter die Arbeiterschaft verteilt wurden. — (Zur Rechten): Verurteilen Sie die Industriearbeiter nicht, sondern denken Sie an Ihre eigenen Sünden, Sie haben Ihrer genug. (Zuruf der Rechten: Nicht so viel wie Sie!) Die Landarbeiterschaft muß anständig behandelt und entsprechend entlohnt werden. (Von der Rechten: Unerhört!) Ich stelle fest, daß Sie (zur Rechten) es als unerhört bezeichnen, wenn man verlangt, Landarbeiter gut zu behandeln. (Lebhafter anhaltender Beifall links.)

Abg. Dusche (D. Vp.): Dem Antrag Blum stimmen wir im allgemeinen zu. Ein schrittweiser Abbau der Zwangswirtschaft ist nötig, wie er sich mit den Interessen der Konsumenten verträgt. Das Betriebsrätegesetz würde unser Wirtschaftsleben ruinieren und den Feinden ausliefern, und für die Landwirtschaft wäre das Betriebsrätegesetz eine Katastrophe.

Hierauf vertagt sich das Haus auf morgen 1 Uhr: dritte Beratung der Reichsabgabenordnung; Hungersnot in Deutsch-Oesterreich.

Aus der Provinz.

An die Zeitungsausträger der Orte an der Bahn Halle—Berlin.

Vom Freitag, den 28. d. M. ab werden die Zeitungen wieder mit dem Zuge, der 2 Uhr 8 Minuten von Halle abfährt, zugestellt.

Lauchstedt. Gedenkfeier. Die hiesige Ortsgruppe des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen gedachte der im Weltkriege gefallenen Kameraden am Totensonntage durch eine Feier im Saale des Gasthofes zur Stadt Leipzig. Das reichhaltige Programm, Vortrag von Gedichten und Musikdarbietungen, war dem Abend entsprechend gehalten. Der Vorsitzende betonte in seiner Gedenkrede den unbedingt notwendigen Zusammenschluß aller Kriegsbeschädigten, um so den Witwen und Waisen der gebliebenen Kameraden mit Rat und Tat zur Seite stehen zu können. In das kommende Geschlecht soll die Nächstenliebe gepflanzt werden, damit ein solches Völkermorden in Ewigkeit vermieden und unmöglich gemacht werde. Der Gesang der Gefangenen war mit seinen Klagen und seiner Sehnsucht herzergreifend. Ein Lauchstedter Bürger, Dr. Lauterbach, hatte der Ortsgruppe als Weihnachtsgabe 400 M. gespendet.

Könnern. Trotz des schlechten Wetters konnte die Totenfeier des Reichsbundes der K. K. u. H. bei guter Teilnahme auf dem Friedhof vonstatten gehen. Durch Mitwirken des Bürger-Gesangvereins und des Mittelschullehrers [illegible] Göhre wurde die Feier zu einer würdigen. Der Vorsitzende, Kam. Banse, hielt eine Rede und gedachte besonders der in Feindesland begrabenen Kameraden. Nachdem das letzte Lied verhallt war, wurden zur Ehrung aller gefallenen und gestorbenen Kameraden an den Gräbern der hier Liegenden Kränze niedergelegt.

Könnern. Feuer in der Ueberlandzentrale. Dienstag vormittag gegen 9 Uhr brach in der Niederlage der Ueberlandzentrale (Saalkreis Bitterfeld) Feuer aus. Der 15jährige Ernst Bahl wollte eine Lötlampe mit Benzin füllen. Da in dem Raum kein Licht war, setzte er ein Streichholz in Brand und im selben Moment kam er, am ganzen Körper brennend, aus dem Raum gestürzt. ein in dem Raum stehender 10-Liter-Ballon hatte sofort das Feuer gefangen. Der übrige Schaden ist nicht erheblich. Man soll doch junge Leute in dem Alter mit derartigen Sachen nicht umgehen lassen. Der Bedauernswerte erlitt schwere Brandwunden am Kopf, Armen und Beinen. Der schlechten Verkehrsverhältnisse wegen konnte er erst Mittwoch nach Halle überführt werden.

Weißenfels. Trichinenfunde. Auf dem hiesigen Schlachthofe wurden bei Untersuchung amerikanischen Pökelfleisches in zwei Speckstücken eine große Menge Trichinen gefunden. Die Gefahr, die aus dem Genusse nicht untersuchten ausländischen Speckes in rohem Zustande für die Gesundheit entstehen kann, ist also eine große und mahnt zu größter Vorsicht.

Naumburg. Aus der Stadtverordnetensitzung. Auf der Tagesordnung standen 34 Punkte, wozu noch zwei Anträge der M. S. P. hinzukamen. Zum Vorsteher-Stellvertreter wurde Justizrat Wallach gewählt. — Ueber die Mehrausgaben in den Haushaltsplänen berichtet Gen. Teichmann. Der Unterschied gegen das Vorjahr ist ein ganz bedeutender, was durch die Teuerung sämtlicher Materialien, Arbeitslöhne usw. begründet wurde. Auf Vorschlag der Finanzkommission werden die Ueberschreitungen nachbewilligt. — Ueber das Kriegskonto gab Gen. Winkler einen ausführlichen Bericht. Dasselbe weist einen Fehlbetrag von über 630 000 Mark auf, der bis zum endgültigen Abschlusse des Kriegskontos am 31. März 1920 offen gelassen werden soll. — Die Erhöhung der Gemeindeeinkommensteuer bildete den Haupttagesordnungspunkt. Als in einer der letzten Sitzungen von bürgerlicher Seite der Vorschlag gemacht wurde, die Steuern zu erhöhen, wurde von unserer Seite erklärt, daß wir dem nur zustimmen würden, wenn eine Staffelung zu Gunsten der unteren Steuerklassen erfolgen würde. Die Finanzkommission hat sich nun mit der Magistratsvorlage, die eine Erhöhung von 167 Proz. auf 334 Prozent vorsieht, befaßt und unsere Genossen in der Kommission haben ihren ganzen Einfluß aufgeboten, um die Staffelung durchzusetzen. Die bürgerlichen Mitglieder konnten sich den Argumenten nicht verschließen und stimmten der nunmehr vorliegenden Vorlage zu und die Kommission empfahl Annahme derselben. Die Vorlage sieht vor: Einkommen bis 1500 M. bleiben von der Erhöhung verschont; 1500—1650 M. zahlen 10 Prozent mehr und bei jeder weiteren Steuerstufe erhöht sich die Erhöhung um weitere 10 Proz. bis bei den Einkommen von 2900 M. bis zu einem solchen von 6500 M. bis zu einem solchen von 6500 M. die volle Erhöhung (334 Proz.) zu zahlen ist. Die höheren Einkommen decken den Ausfall, der bei den unteren Stufen entsteht. Im Verlaufe der Debatte erklärte Gen. Winkler, daß unsere Fraktion für die Vorlage stimmen werde. Die U. S. P., die in der Kommissionsberatung vollständig geschwiegen hatte, lehnte gemäß der von ihr eingegangenen Resolution eine Erhöhung der Steuern für die Einkommensteuer bis zu 6000 M. ab. Sie wußte genau, daß das Gesetz die Progression bei derartigen Einkommen nicht zuläßt und haben nur aus agitatorischen Gründen ihre Resolution eingebracht. Alle Phrasen aus der am Tage vorher stattgefundenen Versammlung wurden wieder verzapft, nur mit dem Unterschied, daß das Existenzminimum für den Arbeiter in der Volksversammlung vom Stv. Heinrich auf 11 000 M. angegeben war und in der Stadtverordneten-Sitzung nur noch 7000 M. betrug. Während dieser Debatte bemerkten unsere Genossen, daß die in Vorschlag gebrachte Staffelung nicht das gesetzlich Höchstzulässige sei und beratschlagten, die Sitzung auszusetzen, um einen neuen Vorschlag auszuarbeiten. Die Sitzung wurde unterbrochen. Nachher stimmte Gen. Winkler, der von einer Besserung für die unteren Klassen nicht überzeugt war, für die Vorlage, während die übrigen Fraktionsmitglieder gegen die Vorlage stimmten. Das Bemerkenswerteste ist, daß die U. S. P. vergessen hatte, einen Antrag entsprechend ihrer Resolution einzureichen und es entschlüpfte dem Stv. Heinrich (U. S. P.) die ungewollte Selbstkritik: „Zu was haben wir denn nun über eine Stunde gequasselt?" — Der Erhöhung der Wertzuwachssteuer und Grunderwerbssteuer und der Schankerlaubnisabgabe wurde zugestimmt. — Ueber das Ergebnis der Untersuchung in der Schlachthofsangelegenheit wurde Bericht erstattet. Nachdem erklärte Stv. Heinrich (U. S. P.), daß das vom Berichterstatter Vorgebrachte stimme und er seine Anschuldigungen nicht mehr aufrecht erhalten könne. (Hiermit hat sich für diesen Verfechter von Arbeiterinteressen die Sache erledigt und er läßt sich kein graues Haar darüber wachsen, daß Kiest durch seine (Heinrichs) Schuld außer Arbeit sitzt!) — Zum Schluß ergaben die von uns eingebrachten Anträge betr. Lieferung billiger Kohle an die Minderbemittelten und Lieferung von Ersatzmitteln für die fehlende Kindermilch trotz vorgerückter Nachtstunde lebhafte Debatten.

Bitterfeld. Oeffentliche Beamtenversammlung. Der Werbeausschuß sozialistischer Beamten hatte am Sonntag eine Versammlung zwecks Gründung einer „Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten für den Kreis Bitterfeld" anberaumt. Als Referenten waren die Genossen Steinkopf, M. d. N., und Boese gewonnen worden, die aber der Verkehrsschwierigkeiten wegen nicht erschienen waren. An ihrer Stelle übernahm Genosse Pickard, Halle, das Referat. Ausgangs schilderte er die Stellung der Beamten bis zum 9. Nov., wie die vergangene Regierung durch Gesetze und Verordnungen, durch ein fein ausgeklügeltes Beförderungssystem sich eine abhängige Beamtenschaft zu erziehen verstanden hatte. Schon früher haben sich die Beamten gegen diese Bevormundung gewehrt, aber als Staatsbürger zweiter Klasse konnten sie nichts ausrichten und blieben also Sklaven des alten Obrigkeitsstaates. Alsdann besprach Gen. Pickard die Rechte der Beamten, die auch in der neuen Verfassung festgelegt worden sind, als da sind: staatsbürgerliche Gleichheit, Achtstundentag, Koalitionsfreiheit und Mitbestimmungsrecht in persönlichen Angelegenheiten. Dem letzten Punkte gegenüber ist das Verhalten der Demokraten und des Zentrums in der Nationalversammlung typisch: sie zeigten sich hier nämlich als Gegner des Betriebsrätegesetzes, aber sonst sind sie die wärmsten Freunde der Beamten. Ja, ja! Theorie — Praxis! In die Personalakten dürfen Eintragungen nur nach vorheriger Kenntnisnahme und Aeußerung der betr. Beamten vorgenommen werden, aber auch dafür waren bei der Beratung der Verfassung die beiden genannten Parteien nicht zu haben. Man kann sich hieraus schon ein Bild machen, wo die Beamten ihre Freunde zu suchen haben. Zum Schlusse seiner Ausführungen sagte Gen. Pickard, er erwarte nicht, daß nun die Beamten mit beiden Beinen in das Lager der Sozialdemokratie springen werden, sondern daß sie zum Nachdenken angeregt worden wären, daß sie durch Lesen von Broschüren und Zeitschriften sich in den Sozialismus vertiefen, dann werden wir nach einiger Zeit ein gutes Teil bei uns als Freunde wiedersehen, um mit ihnen gemeinsam zum Wohle der jungen Republik zu arbeiten. Verschiedene Diskussionsredner drückten sich dahin aus, daß die Arbeitsgemeinschaft die Einigkeit im Ortskartell zerreißen würde. Sie wurden aber vom Gen. Pickard dahin aufgeklärt, daß die beabsichtigten Aktionen des Kartells durch die Arbeitsgemeinschaft die allerweitgehendste Unterstützung erfahren werde. Rektor Zurhose betonte, wenn nicht bald eine neue Besoldungsordnung eingeführt würde, dann müßten die Beamten zum letzten Mittel, zum Streik, greifen. Die Beamten würden selbstverständlich darin bei der Sozialdemokratie volles Verständnis antreffen. Postsekretär Klemme suchte durch allerhand fadenscheinige Argumente die Sozialdemokratie anzuschwärzen, rutschte damit aber gewaltig hinten ab. Er behauptete, im Erfurter Programm stände: Wahl der Beamten durch das Volk. Da dieser Irrtum in weiteren Kreisen verbreitet zu sein scheint, sei hier darauf hingewiesen, daß im Erfurter Programm die Wahl der Behörden gefordert wird. Die Anmeldungen am Schlusse der Versammlung zeitigten ein erfreuliches Resultat und somit ist auch in dieser Richtung bei uns ein sehr guter Fortschritt zu verzeichnen.

Schlieben. Bilder aus einem ganz finsteren Winkel. Im stockfinstern Kreise Schweinitz stolperten am 22. und 23. November 19 ein paar von den vermaledeiten „Sozis" umher und stießen dabei auch ein paar gänzlich mit Dreck und Spinnweben unkenntlich gemachte Kellerluken ein, wie das so ihre „Sozi"manier überall ist, wo es duster ist. In Schlieben kannte man sie schon. Referent Drescher wurde auf der Bahn freudig begrüßt, und manch einer von denen, die zufällig das „N' Tag, Genosse!" aufschnappten, mag um das fernere Wohl und Wehe seines lieben schwarzen Winkels gebangt haben. Die in Stechau habens gesagt, und die müssens doch wissen, deren Vater „allein" weiß, wieviel ein Zentner Korn im Anbau kostet! In Schlieben hatte sich schon im Sept. eine Ortsgruppe zu bilden begonnen. In dem kleinen Ackerbürgerstädtchen von 1500 Einwohnern wohnten schon am 9. Nov. 1918 ein rundes Schock waschechte Genossen. Das Richtefest des neuen sozialen und demokratischen Staatsgebäudes am 9. Nov. 19 wurde in netter, gesellschaftlicher Weise mit Konzert, Vortrag und Tanzkränzchen begangen. Schlieben sah dabei zum ersten Mal die neue Reichsfahne, die auch hier, wie das rote Tuch auf den Stier, so auf die weißen Juden und ähnliches Schachergesindel wirkt. (Daher der Name Judenfahne!) Naserümpfende Spießbürger und Leute, die wie weiland Wilhelm Buschs gottbegnadeter Dichter Gottfried Bläh-schaf (oder Bählamm?) einherwandeln, sind leider seitdem nicht seltener geworden. Die gesamte im Kreis verfügbare christliche Nächsten- und Feindesliebe (es soll ungeheuer viel sein!) fleht seitdem: „Vergib ihnen, denn sie wissen nicht was sie tun." Sie aber boten das gefährliche Gift sozialistischen Denkens und Handelns unter kalten Egoisten in der Reichskrone in Schlieben feil. Viele im Genuß dieser Medizin geübte Genossen waren beisammen. Ein Pfarrer von der D. Vp. nippte auch davon und siehe, schon schwanden ihm die Sinne! Schon lobte er mit Engelszungen die heutige Regierung und die Sozialdemokratie. Schon lobte er, daß die neuen Deutschen wieder wie die herrlichen „Alten Teutschen" ihren Herzog wählten. Vergaß, daß die braunen Juden wie die weißen Juden brave oder böse Kinder desselben guten Vaters sind. Vergaß, da wir den stark semitischen Einschlag in der seinem Beruf, der ihn allein nährt, zugrundeliegenden Religion seinem und seiner Kirche orthodoxen Standpunkt zu verdanken haben. Vergaß auch, daß er ein Streiter dessen war, der selbst Petrus Schwert in Gethsemane nicht segnete. Vergaß selbst, daß er seit 1914 ganz vergessen hatte, dessen erhabene Lehre zu betätigen. Es fehlt nicht viel. Du überredest mich, Bruder Drescher, daß ich ein — Sozi würde! Da enthub ihn die gütige Vorsehung in Gestalt seiner Gattin den verderblichen Klauen des Giftmischers. Und es waren ihrer nicht wenige, die wieder bekehrt wurden. — Auch Hilmersdorf strich den 23. November 1919 in seinem Kalender „rot" an. Zum ersten Mal öffentliche Versammlung der S. P. D.! Und trotz des starken Besuches der Gute, die bisher weidlich von den Deutschnationalen mit dem Mastfutter „Freie Wirtschaft" traktiert worden waren, verlief die Sitzung sehr gemütlich und harmonisch. — Stechau war bei „hohem Lohn und Deputat" schon so mit Kraftfutter der vorgenannten Marke versehen, daß es zu nicht geringem Teil bei der von uns gebotenen guten Hausmannskost kopfschüttelnd davonschlich, um sich nebenan bei der geistreicheren Beschäftigung des Schafkopfdreschens neue Kräfte für die nächsten Wahlen zu erwerben. Drei Lehrer unterstützten Genosse Drescher furchtlos und unbekümmert um die von den Gescheitesten und ihren weiblichen Stoßtrupps angedrohten Beweise christlicher Nächstenliebe, unbekümmert um die Steckbriefe, die von Minister Hänisch angeblich als fortschrittlichste — Reaktionäre heißgewünschte Deutschnationale gegen ihn losließen. „Vorwärts" ist die „Volksstimme"!

Verantwortlich für Politik, Parteinachrichten und Lokales: Max Sendewitz, für „Aus der Provinz": K. Garbe, für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig, sämtlich in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. zu Halle, Gr. Ulrichstraße 27.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191127-11/fragment/page=0003

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Bekanntmachung.
Milchkartenausgabe für Kranke, hoffende Frauen und alte Leute über 75 Jahre.

Die Erneuerung der auf Grund ärztlicher Zeugnisse ausgefertigten Milchkarten, sowie derjenigen für alte Leute und hoffende Frauen erfolgt vom Freitag, den 28. November bis Sonnabend, den 6. Dezember, im Stadternährungsamt, 1. Stock, links, 2. Saal. Bei der Erneuerung der Milchkarten sind vorzulegen:

a) der Lebensmittelschein des Haushalts, dem der Versorgungsberechtigte angehört,

b) der Stamm der alten Milchkarte.

Hoffende Frauen haben außerdem, sofern sie bisher nicht schon im Besitz einer Milchkarte waren, eine Bestätigung des Arztes oder einer zur Ausübung des Hebammengewerbes zugelassenen Hebamme, daß Schwangerschaft in den letzten zehn Wochen besteht, vorzulegen. Die Ausgabe der Milchkarten erfolgt nach folgender Ordnung: An Personen deren Familienname beginnt mit dem Buchstaben:

A—D am Freitag, den 28. November,
E—G am Sonnabend, den 29. November,
H—J am Montag, den 1. Dezember,
K—L am Dienstag, den 2. Dezember,
M—O am Mittwoch, den 3. Dezember,
P—R am Donnerstag, den 4. Dezember,
S—Sz am Freitag, den 5. Dezember,
T—Z am Sonnabend, den 6. Dezember.

Eine Erneuerung der Milchkarte für Kranke findet nicht statt, wenn die Gültigkeitsdauer des Zeugnisses inzwischen abgelaufen ist. Von dem zuständigen Dezernenten werden mündliche Anträge auf Erneuerung der Milchkarten nicht mehr entgegengenommen. Falls die Erneuerung an der oben genannten Stelle abgelehnt wird, sind Anträge auf Weitergewährung der Milchkarten schriftlich bei dem Stadternährungsamt, Abteilung 1, zu stellen. Milchkarten auf Grund der in letzter Zeit überreichten Zeugnisse werden, falls eine Zuweisung auf die letzteren noch nicht erfolgt ist, nicht an vorgenannter Stelle ausgehändigt, vielmehr ergeht wegen Abholung besondere Benachrichtigung. Die Erneuerung der Milchkarten für Kinder und stillende Mütter erfolgt vom Montag, den 1. Dezember ab. Es ergeht dieserhalb noch besondere Bekanntmachung.

Halle, den 27. November 1919. **Der Magistrat.**

Lebensmittel-Kalender.

Fleischverkauf. Die Verbrauchsmenge an Fleisch wird in dieser Woche auf 125 Gramm je Kopf (Kinder unter 6 Jahren die Hälfte) festgesetzt. Es werden je zur Hälfte frisches und ausländisches Rindergefrierfleisch ausgegeben. Der Verkauf erfolgt Sonnabend, den 29. November, durch die Fleischer, bei denen die Haushalte zur Kundenliste angemeldet sind, gegen Abtrennung der restlichen Fleischmarken für die Woche vom 24. bis 30. November. Die Fleischkartenabschnitte sind in üblicher Weise bis zum 2. Dezember, an das Stadternährungsamt abzuliefern. Der Durchschnittsverkaufspreis beträgt für 125 Gramm 1 Mk.

Verkauf von Corned-Beef. In der laufenden Woche wird bei den Fleischern für jede Person eines Haushaltes 100 Gramm Corned-Beef verabfolgt. Der Verkauf erfolgt am Sonnabend, den 29. November. Die Abgabe hat unter Abtrennung der Marken 1 A und 1 B — bei den Kinderkarten der Marke A — der Reichsfleischkarten für die Woche vom 24. bis 30. November zu erfolgen. Der Verkaufspreis beträgt 1,08 Mk. für 100 Gramm. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Fleischkartenabschnitte in üblicher Weise bis zum 2. Dezember an das Stadternährungsamt abzuliefern.

Städtischer Verkauf von Sprotten in Oel in der Talamtschule am Freitag, den 28. November. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 1 bis 5000 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 5001 bis 9000 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes wird eine Dose zum Preise von 2,20 Mk. abgegeben. Der neue Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Städtischer Verkauf von Liebigs Fleischextrakt an alte Leute über 70 Jahre in der Talamtschule am Freitag, den 28. November. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 1 bis 40 000 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 40 001 bis 84 500 nachmittags von 2—6 Uhr. Auf jeden Abschnitt B der besonderen Bezugsscheine für alte Leute über 70 Jahre kann eine Büchse Liebigs Fleischextrakt zum Preise von 2,50 Mk. abgegeben werden. Der neue Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Graupen. Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September/4. November 1915 wird der Verkauf von Graupen wie folgt geregelt: Der Verkauf beginnt am Freitag, den 28. November. Für jede Person eines Haushaltes wird ¼ Pfund abgegeben. Der Verkaufspreis beträgt 44 Pfg. für das Pfund. Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern die Graupen einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind. Der Verkauf erfolgt unter Abtrennung der Marke 436 des Warenbezugsscheines 26. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Hunderten gebündelt im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß, Saal links, binnen 8 Tagen unter Angabe ihres Restbestandes einzureichen. Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. September/4. November 1915.

Städtischer Verkauf von Käse in der Talamtschule am Freitag, den 28. November. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 31 001 bis 31 600 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 31 601 bis 32 500 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes wird ⅕ Pfund zum Preise von 60 Pfg. abgegeben, sofern der Verkauf in Spalte 7 des alten Lebensmittelscheines noch nicht eingetragen worden ist. Der alte Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Halle, den 27. November 1919. **Der Magistrat.**

Amtliche Bekanntmachungen für den Saalkreis.

Betrifft Kartoffelversorgung im Saalkreise.

1. **Wer den örtlichen Versorgungsausschüssen bei Aufnahme der Kartoffelbestände Widerstand leistet, oder wer ihnen nicht wahrheitsgemäß Aufschluß gibt über die Räume, in denen Kartoffeln aufbewahrt werden, setzt sich strengster Bestrafung und der Wegnahme der gesamten Vorräte aus, so daß er dann lediglich auf die allgemeine Kartoffelration angewiesen sein würde.** Der preußische Staatskommissar für Volksernährung fordert durch Erlaß vom 4. d. M. die Verwaltungsbehörden auf, **auch vor den schärfsten Mitteln nicht zurückzuschrecken und die Enteignung vorzunehmen, wenn die Kartoffelerzeuger nicht voll ihrer Lieferpflicht nachkommen.**

Sollten einem revidierenden Versorgungsausschuß Schwierigkeiten bereitet werden, so ist sofort die örtliche Polizeibehörde um ihre Unterstützung anzugehen und mir der Fall zu berichten.

2. **Auch Anbauer von kleinen Kartoffelflächen**, die mehr geerntet haben, als ihnen der zu versorgenden Kopfzahl nach zukommt, sind zur Ablieferung der überschüssigen Mengen verpflichtet. Selbst wenn dieser Ueberschuß nur einen oder einige Zentner ausmacht, so ergibt das eine beträchtliche Gesamtmenge, da die Zahl der kleinen Kartoffelerzeuger im Saalkreise an 12 000 beträgt. **Es muß an das solidarische Empfinden mit allen Hungernden appelliert werden. Die Not ist so groß, daß sie nur dann beseitigt werden kann, wenn strengste Solidarität aller zu allen geübt wird.**

3. In zahlreichen Fällen **werden ganz ungebührlich hohe Deputate an Kartoffeln geliefert.** Von täglich fünf Pfund pro Kopf steigen die Deputate bis auf einen Zentner wöchentlich. **Das muß unterbleiben.** Bis auf weiteres darf **kein Deputat mehr als sieben Pfund wöchentlich pro Kopf der Versorgungsberechtigten** betragen. Die Besitzer werden dafür verantwortlich gemacht, daß diese Bestimmung streng eingehalten wird. Die unmäßig hohen Deputate kommen lediglich dem Schleichhandel zugute, der mit allen Mitteln zu bekämpfen ist.

Halle, den 25. November 1919.

Der Kreisausschuß des Saalkreises
Der Vorsitzende. Ad. Thiele.

Irrigateure Verband-Watte Gummi-Bett-Unterlagen Windelhosen, Spül-Apparate, Ia. Gummi-Sauger Gummi-Schläuche
sowie
sämtl. Bedarfs-Artikel für Wöchnerinnen
in großer Auswahl billigst. V341/4
Ferner:
Babywagen zum Wiegen
(auch leihweise)
Kranken-Fahrstühle
Hugo Nehab Nachf.
3 Gr. Ulrichstr. 3
Marktnähe.
Auf Firma und Hausnummer bitte genau zu achten!

Walhalla-Operettentheater.
Anfang ½8 Uhr:
Die Faschingsfee.
Sonntag ½4 Uhr:
Aschenbrödel
unter Mitwirkung des gesamten Balletts.
Kasse 10-1½, u. 4-6.

Stadt-Theater
Freitag, d. 28. Nov. 19, Anf. 7, Ed. geg. 11 Uhr:
Don Carlos
Infant von Spanien.
Ein dramatisches Gedicht in 5 Aufzügen von Friedrich Schiller.
Sonnabend:
Anfang 7½ Uhr:
Tosca.

Konkurrenzlose Preise für
Platin Gold Silber
auch Altgold-Schmuck etc. zahlt
Rathhausstr. 4, II. Klenk & Co.

Erbsenstroh
in Drahtballen.
Eiverge, e. G. m. b. H.
Gr. Märkerstr. 5.

Karbidlampen Karbid,
Otto Sparmann, neben Walhalla.

Hasenfelle
kaufen zu Höchstpreisen
Gebr. Danglowitz,
Fischerplan 2. Tel. 1178

Kaufe jeden Posten
Hasen-, Kaninchen-, Ziegen-, Schaffelle usw.
zu den höchsten Preisen. Händler Vorzugspreise.
Fr. Halle, Fellhandlg.,
Halle a. S., Breitestraße 6, Telefon 4377.

Licht-Spiele
Ab Freitag, d. 28. Nov. täglich
Erstaufführung:
„Menschen in Ketten"
Grosses Sensationsdrama in sehr pack. u. spannender Handlung in 4 Akten. In der Hauptrolle:
„Friedrich Zelnick"
Vorführung: 5⁰, 7⁰⁵, 9¹⁵.
„Die andere Welt"
Schauspiel in 4 Akten mit Charlotte Böcklin.
Wochentags: Einl. ½4 Uhr, Anf. 4 Uhr.
Sonntags: Einlass ½3 Uhr, Anfang 3 Uhr.
Fernsprecher 4681. Grosse Ulrichstr. 51.
Im Herzen der Stadt

Großen Erfolg
sichern sich alle Inserenten mit der Veröffentlichung ihrer
Anzeigen
in der in allen Kreisen der Bevölkerung im Regierungsbezirk Merseburg weit verbreiteten
Volksstimme

Schluss der Anzeigen-Annahme vormittags 10 Uhr.

Stellen finden

Geschirrführer
gesucht. Rudolf Banse, Abfuhrgeschäft, Reilstr. 103.

Stenotypistinnen, Kontoristinnen, Verkäuferinnen
vermittelt kostenlos das
Städtische Arbeitsamt,
weibl. Abteilung. Große Brauhausstraße 30.

Weibliche Hausangestellte,
auch für Gast- und Landwirtschaft, vermittelt kostenlos das
Städt. Arbeitsamt,
weibl. Abteilung. Große Brauhausstraße 30.

Möbelausstattungen
kauft man reel u. preiswert in großer Auswahl in
Max Jungbluts
Möbelhaus, Albrechtstr. 37

Bei Einkäufen
bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich auf die Inserate in der Volksstimme' zu beziehen.

Kaninchentröge,
rund und lang, in allen Grössen
„Eiverge" e. G. m. b. H.,
Gr. Märkerstr. 5.

Der Mißbrauch der Revolution
von Erdmann sen.
In diesem Heft wird die zum Ruin des Volkes führende Politik der Unabhängigen u. Kommunisten geschildert.
Preis 80 Pfg.
Bestellungen nehmen unsere Austräger entgegen.
Buchhandlung der Volksstimme
Große Ulrichstraße 27.

Neue Möbel:
mehrere Nußbaum-Schränke mit Spiegel, Vertikos, Kleiderschränke, Stege- u. Ausziehtische, Büfetts;
vollständige Schlafzimmereinrichtungen für 1850 Mk.
Kücheneinrichtungen 7 teilig **450 Mk.**
Chaiselongues, Flurtoiletten
verkauft
Friedrich Peileke
Geiststraße 25.

Z O O.
Heute Donnerstag, abends 8 Uhr:
Gesellschafts-Abend
(Konzert und Ball)
für die Besucher des Zoologischen Gartens.

Apollo-Theater
Täglich abends 7½ Uhr:
Mit großem Erfolg:
‚Die Puppe'.
Operette v. E. Audran.
Lancelot Hans Forstner.
Vorverk. 9—1 u. 5—½7.

Praktische Weihnachtsgeschenke
finden Sie in unseren wegen Umstellung erfolgenden **Ausverkauf** in:
Markttaschen, Einholebeutel, Schulranzen, Akten-Schultaschen, Rucksäcken, Reisetaschen, Koffern, Kindertaschen etc. etc.
in unserem Fabrikgebäude und in folgenden Geschäften:
R. Henning, Gr. Wallstraße 42.
H. Mederake, Nachfl., Burgstraße 65,
Max Oppermann, Bernburgerstraße, Ecke Richard-Wagnerstraße,
H. Schliebe, Glauchaerstraße, Ecke Langestr.,
M. Steindorff, Krukenbergstraße 3,
P. Wolf, Steinweg 20 a.
König & Haase, Gr. Ulrichstr. 12, I. Et.,
Marktverkäufern billigste Bezugsquelle, auch Partieware.

Nähmaschinen, Fahrräder,
erstklassige Fabrikate. *10040
Spezial-Reparaturwerkstatt für Nähmaschinen Fahrräder und Grammophone aller Systeme
Oele — Ersatzteile — Nadeln.
Gummibereifung, pa. Naturgummi, Garnitur 185 Mark.
Wilh. Weinholz, Mechaniker.
Halle a. S., Schulstr. 13.

Elektrische Licht- u. Kraftanlagen
mit Leitungen aus
Kupfer
installiert wieder
Rast
Geiststrasse 28

Familien-Nachricht.

Danksagung.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres teuren Entschlafenen, meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, sprechen wir allen lieben Freunden und Bekannten, sowie dem Formermeister-Verein, dem Werkmeister-Verein, allen Arbeitern, Angestellten und Leitung der Firma Stavenhagen, dem Sozialdemokratischen Verein für Halle und Saalkreis sowie Herrn Parteisekretär E. Rikard für seine warmen, trostreichen Worte am Grabe, für alle Blumen- und Kranzspenden und liebevolles letztes Geleit unseren herzlichsten Dank aus.

Frau Wwe. Louise Bunge nebst Kindern.

Der Kilian-Prozeß.

14 Verhandlungstag.

Nach dem Zeugenaufruf wird der Zeuge **Ziebe** vernommen, der Pförtner des Artilleriedepots Beesen war. Er gibt an, daß aus den dortigen Magazinen gewaltsam Munition geholt wurde.

Der Zeuge **Henne** macht Aussagen über eine Besprechung in der Charlottenschule. Dort ist Hartung mit Schleifstein zusammen gewesen. Ferchlandt hat sich darüber sehr gewundert. – Der Zeuge macht dann auf Fragen des Vorsitzenden nähere Angaben über die Besetzung des Artilleriedepots.

Zeuge **Hartung**: Ferchlandt warf mir vor, daß ich die Lebensmittellage der Stadt in Leipzig zu rosig geschildert hätte. Er selbst war darüber genau orientiert.

Rechtsanwalt **Müller**: Haben Sie, Herr Zeuge Henne nicht auch geglaubt, Hartung spiele bei den verschiedenen Besprechungen die Rolle eines Spitzels. Er solle Ferchlandt nur aushorchen.

Zeuge **Henne**: Das hörte man allgemein.

Staatsanwalt **Sak**: Ist Ihnen von dem Plan bekannt, nachdem die Matrosen den Oberbürgermeister verhaften sollten?

Zeuge **Henne**: Ich erfuhr davon, legte aber dieser Mitteilung nicht so viel Gewicht bei, da ich an eine Verhaftung nicht glaubte.

Zeuge **Langer**: Das war Meseberas Plan: sein Einfluß auf die Matrosen war auch größer als der Hennes.

Zeuge **Hartung** erklärt dann, Henne habe ihm einen Fahrschein ausgestellt, was der Zeuge **Henne** verneint. Auch der Zeuge **Wender** gibt unter Eid an, daß diese Aussagen Hartungs frei erfunden seien.

Rechtsanwalt **Müller** beantragt protokollarisches Festhalten der Aussagen Hartungs, die sich andauernd widersprechen.

Staatsanwalt **Sak** stellt fest, daß er die Genauigkeit der Hartungschen Aussagen nur bewundern könne.

Zeuge **Langer** will von Angriffsabsichten wissen, die die Matrosenkompagnie auf die Artillerie gehabt habe.

Angekl. **Kilian** zum Zeugen Henne: Wissen Sie, daß Hartung sich rühmte, Maschinengewehrführer im Wintergarten gewesen zu sein, der den ersten Schuß auf die Menge abgab. Zeuge **Henne** weiß davon.

Der Zeuge **Hartung** will nach seiner Aussage auch von dem Angeklagten einen Fahrtausweis erhalten haben, was sowohl der Angeklagte als auch der Zeuge Wender bestreitet.

Zeuge **Wender** gibt an, daß Hartung niemals bei Kilian gewesen sei.

Rechtsanwalt **Müller** (zu Hartung) Sie sprechen jetzt davon, daß Sie bei Kilian gewesen seien. In Ihren früheren Aussagen betonten Sie, daß Sie mit Kilian nie etwas zu tun gehabt hätten.

Zeuge **Hartung** verwickelt sich bei Beantwortung dieser Frage erneut in Widersprüche.

Zeuge **Henne** wird entlassen.

Zeuge **Löwenthal**: Soviel ich von der Rede Kilians am 1. März auf dem Markt gehört habe, war sie nicht aufhetzend.

Zeuge **Paul Lehmann**: Während der Besetzung der „Saale-Zeitung" deren Verleger ich bin, sollte eine Erklärung des Soldatenrates vorher in der „Saale-Zeitung" abgedruckt werden. Die Redakteure weigerten sich, diese gegen die Zeitung gerichtete Erklärung aufzunehmen und man einigte sich schließlich auf einen Abdruck mit der Erklärung, daß die Redakteure dafür nicht verantwortlich seien. Im Januar wurde in die Expedition eingebrochen, und unter der Führung von Hartung wurden später durch Matrosen Manuskripte zerrissen und Flugblätter verbrannt. Ich hatte Hilfe vom Soldatenrat erbeten, die erst nach dem Abzug der Matrosen erschien. Ferchlandt erschien mit anderen im Auto und sagte zu Hartung: Du übernimmst die Aufsicht der Zeitung. Darauf war Hartung gefügig. Vorher wurde noch der jetzige Landrat Thiele von den Matrosen umringt und es wurde heftig diskutiert. Ob Thiele mißhandelt wurde, kann ich nicht sagen.

Zeuge **Hartung**: Ich hatte von Ferchlandt den Auftrag zur Besetzung der „Saale-Zeitung", um die Flugblätter der demokratischen Partei zu vernichten. Ferchlandt sagte mir noch, wir sollten die Binden abnehmen und keine Waffen mitnehmen. Er würde dann um Hilfe angerufen werden und sehr erstaunt tun.

Zeuge **Lehmann**: Hartung und sein Begleiter haben auch aus Mutwillen Manuskripte und Zeitungen vernichtet. Als Täter kommen Hartung und sein Begleiter in Frage. Es ist mir dies berichtet worden: vernichtete Manuskripte habe ich nicht gesehen.

Zeuge **Hartung**: Mit Handschrift oder Schreibmaschine geschriebene Manuskripte, ebenso Zeitungsausschnitte, habe ich nicht vernichtet. Auf eine Anfrage des Verteidigers Dr. Müller gibt Hartung zu, daß er die Setzer nach Hause geschickt und so den Druck der Zeitung unterbunden hat.

Zeuge **Hartung**: Ob ich ein Gewehr zur „Saale-Zeitung" mitgenommen habe, weiß ich nicht, doch habe ich ein Seitengewehr gehabt.

Zeuge **Lehmann**: Ich besinne mich ziemlich genau, daß Hartung ein Gewehr bei sich gehabt hat.

Verteidiger Dr. **Müller** wirft dem Zeugen Hartung vor, daß er die Matrosen gegen die Artillerie telephonisch zu Hilfe gerufen habe und daß hier ein Fall gegenseitiger Verhetzung von seiten Hartungs vorliege.

Zeuge **Hartung**: Das draußen versammelte Publikum rief uns zu, daß die 36er angreifen würden; deshalb habe ich die Matrosen antelephoniert.

Zeuge **Lehmann**: Nach diesem Vorfall brachte uns Ferchlandt im Auto in Begleitung Hartungs auf unsere Bitte ein Maschinengewehr, worüber wir uns sehr wunderten.

Zeuge Verleger Leo **Fink**: Bei der Verbrennung der Flugschriften in der „Saale-Zeitung" durch Hartung war ich dabei, doch habe ich ihn in den eigentlichen Räumen der Redakteure nicht gesehen. Ich weiß auch von keiner Vernichtung von Manuskripten. Hartung und sein Begleiter waren mit Gewehren bewaffnet.

Zeuge Redakteur **Brinkmann**: Hartung kam mit einem Begleiter in das Sekretariat der Zeitung und erklärte, daß die „Saale-Zeitung" an diesem Tage nicht erscheinen werde. Auf eine Frage nach einem Ausweis des Soldatenrats erklärte er, der Soldatenrat hätte nichts mehr zu sagen. Später kam eine Kohorte von Matrosen, die sich an dem Flugblattverbrennen beteiligten. Noch später kam eine Sicherheitswache und schließlich Ferchlandt. Ferchlandt ging gegen Hartung nicht vor, trotzdem wir ihm erklärten, Hartung sei der Hauptanstifter. In den Zimmern der Redakteure war, solange ich da war, Hartung nicht, sondern ein anderer, der die Manuskripte zerrissen hat. Ich bin der Ansicht, daß Herr Helms bei seinem Temperament im Soldatenrat übertriebene Mitteilungen gemacht hat. Später an einem Freitag kam Herr Kilian zu mir, der eine Berichtigung verlangte, die ich ablehnen mußte, weil meine Redaktion schon abgeschlossen sei. Am anderen Tage wurde die Berichtigung mit Zusätzen aufgenommen. An diesem Tage kam Herr Kilian mit anderen Herren und verlangte die volle Abdruckung der Berichtigung. Wir beriefen uns auf das Preßgesetz, das Herr Kilian nicht mehr gelten lassen wollte. Nach Auseinandersetzungen mit Herrn Helms, erklärte Kilian, er hätte die vollziehende Gewalt und er könnte Herrn Helms sofort verhaften lassen. Kilian faßte die Pressefreiheit so auf, daß sie, wenn sie gegenrevolutionär gebraucht wird, unterdrückt wird.

Zeuge **Wender**: Bei dem Hinbringen des Maschinengewehres zur „Saale-Zeitung" haben die Posten eine ganz eigentümliche Instruktion bekommen. Ltn. Ferchlandt sagte: Ihr steht da zum Schutze und laßt niemand herein, aber wenn unsere Leute kommen (er meinte damit die Matrosen der Kompagnie) dann geht ihr weg und macht Platz.

Die Verhandlung wird hierauf vertagt.

Halle und Saalkreis.

Halle, 27. November 1919.

* **„Verein Arbeiterjugend".** Morgen abend 7 Uhr im Jugendheim, Kl. Berlin 1, findet unsere nächste Zusammenkunft statt. Vortrag über „Gewerkschaften". In Anbetracht dieses wichtigen Vortrages ist das Erscheinen jedes Einzelnen notwendig.

Der Vorstand.

Erhebliche Milderung der Gassperre.

Der Magistrat macht bekannt:

Mit Wirkung ab Sonnabend, den 29. November erfolgt die Gasabgabe bis auf weiteres

vormittags von 5—8 Uhr und nachmittags von 4½—10 Uhr.

Die Entnahme von Gas während der Sperrzeiten ist verboten.

Durch die am Mittwoch, den 19. November in Kraft getretene Verschärfung der Gassperre hat das Gaswerk **für einige Tage Vorrat** an Kohlen ansammeln können, so daß gemäß heutiger Bekanntmachung ab Sonnabend, den 29. November die **Gasabgabe bis auf weiteres wieder in annähernd dem früheren Umfange erfolgen** kann (siehe Bekanntmachung). Vorläufig wird jedoch die Straßengasbeleuchtung noch außer Betrieb und die **Gasabgabe zwischen 10 Uhr nachts und 5 Uhr früh völlig eingestellt bleiben.** Nach Lage der Kohlenversorgung wird mit einer Wiederholung der verschärften Gassperre gerechnet werden müssen.

Gegenüber anderslautenden Aeußerungen (sie wurden von unabhängiger Seite im Stadtverordnetenkollegium getan. Red.) sei hier ausdrücklich festgestellt, daß die Verwaltung den **Wasserweg zur Beförderung von Kohle von Oberschlesien nicht erst in jüngster Zeit**, sondern solange die Verschärfung der Eisenbahn-Transportschwierigkeiten besteht, herangezogen hat, und zwar in dem Umfange, als Kahnraum vorhanden und Kohle von Oberschlesien lieferbar war. Insgesamt sind seit April 1919 bis jetzt 4 Kahnladungen mit insgesamt 1120 Tonnen befördert, ohne Rücksicht auf die gegenüber dem Bahntransport bedeutend höheren Kosten.

Und sie werden wieder munter . . .

Die Reaktion hat sich von ihrer ersten Bestürzung erholt und erhebt schon wieder keck ihre Stimme. Die Deutschnationalen geben den Ton an, und schon melden sich andere Gleichgesinnte. Auch die **Hausagrarier** wittern Morgenluft. Am Totensonntag riefen sie eine Versammlung ein, um zu protestieren „gegen die Höchstpreisfestsetzungen im Wohnungsmarkt". Wir haben alle Ursache, die Sache mit Aufmerksamkeit zu verfolgen. Denn es wird ja nicht nur in Halle protestiert worden sein, sondern überall im Reiche. Und täuschen wir uns nicht über die Macht des organisierten Grundbesitzes! Es steht eine großzügige Organisation, das Kapital und das gesamte Bürgertum dahinter. Es wurde auf der Versammlung das alte Lied vom schlecht rentablen Hausbesitz gesungen, das wir schon vor dem Kriege in allen Tonarten hörten. Den Kern der Sache erfassen wir, wenn wir das dort vorgebrachte Argument betrachten: **Da der Arbeiter das Drei- bis Fünffache der früheren Löhne verdiene, wäre es nur recht und billig, nun eben dieselbe Steigerung dem Grundbesitzer zukommen zu lassen.** Wie die Drohnen wollen diese Herrschaften also „ihr Teil der Beute". Man führte aus, daß ein Arbeiter, der 2000 M. verdient und 200 M. Miete gezahlt habe, den fünften Teil seines Einkommens für Miete aufwandte; heute sei dies Teil bedeutend kleiner geworden. Ja, ihr Herren Hausbesitzer, war denn das ein gedeihlicher Zustand, daß ein armer Teufel den fünften Teil seines Einkommens für die nackten vier Wände in einem obskuren Hinterhaus opferte? Leute mit 10 000 M. Einkommen und mehr brachten dafür schon damals immer nur den zehnten Teil und weniger ihres Einkommens auf. Nein, es muß einmal anders werden mit den Zinsen und Fronen für den Hauswirt! Wir wollen das von den Hausbesitzern investierte Kapital nicht höher verzinsen, als es vor dem Kriege war, und darauf läuft doch diese Bewegung hinaus. Zugestanden soll werden, daß sich etliche der Hausherren in übler Lage befinden, und zwar diejenigen, die ihre Spargroschen in einem Hause anlegten, um für ihre alten Tage davon leben zu können. Diese Leute können natürlich von den für heutige Verhältnisse geringen Summen nicht leben, die ihnen aber vor dem Kriege ein beschauliches Dasein ermöglichten. Die Not dieses Teils der Hauswirte soll gewiß nicht verkannt werden. Aber da sie nur einen geringen Teil der Zunft ausmachen, so bildet dies keinen Grund dem ganzen Hausbesitz generaliter einen erhöhten Zins zuzubilligen. Das Gros der Hauswirte sind doch Geschäftsleute, Gewerbetreibende, Handwerksmeister, aktive und pensionierte Beamte, Kapitalisten und Banken. Diese mögen sich mit dem alten Zins genug sein lassen. Den alten bedürftigen Rentnern (aber auch nur diesen) muß auf andere Weise geholfen werden. Man tue dies durch ganzen oder teilweisen Erlaß der Grundsteuern oder durch Uebernahme des Grundstückes zu anständigem Preise in Kommunalbesitz, dem alten Besitzer auf Lebenszeit die Pagewirtstelle in „seinem" Grundstück belassend.

Es trat in jener Versammlung auch ein Bauherr auf und meinte, bei den jetzigen hohen Löhnen und Materialpreisen und den im Verhältnis dazu geringen Mieten sei ein privates Bauen unmöglich und wäre so die Wohnungsnot zu einer dauernden Einrichtung geworden. Sehr richtig. Das private Bauen ist nur noch unter staatlicher Subvention möglich. Wenn aber die Mieten erst horrent steigen müssen, um die Bautätigkeit zu ermöglichen, wie stellt man sich da die Zwischenzeit vor? Denn bis ein Einfluß der Neubauten sich fühlbar machen würde, müßten drei oder noch mehr Jahre vergehen. In dieser Zeit würden die Mieten schwindelnd steigen und durch den bestehenden Mangel an Wohnungen würde die Anmaßung der Hauswirte einen Grad erreichen, gegen den die Vorkriegszeit ein Kinderspiel war. **Wir Arbeiter können ja alle ein Liedchen davon singen. Nein, nicht das vom Hausbesitz geforderte „freie Spiel der Kräfte" ist uns not, sondern ein weiteres kräftiges Zugreifen der Staatsgewalt.** Der Zusatz gilt auch für den Hausbesitz, daß eine Zwangswirtschaft so lange geboten ist, als Zwangslage herrscht, d. h. als das Angebot die Nachfrage nicht bemerkenswert übersteigt. Aus der Zwangslage ist die Zwangswirtschaft geboren, und ehe erstere nicht verschwunden ist, kann auch die letztere nicht fortfallen.

Und noch ein weiteres, Ihr Herren Hausbesitzer: Wäre der Krieg gewonnen worden und die kaiserliche Herrlichkeit geblieben, dann hätten wir natürlich die jetzt geklagte „Not" der Hauswirte nicht. Die Mieten hätten Phantasiepreise erreicht, wie so manches andere, und der Goldstrom, in dem der Sieger geschwommen hätte, wäre auch in die Taschen der Grundbesitzer geflossen. Da es nun anders kam, müssen sich diese Herrschaften auch die jetzigen Verhältnisse gefallen lassen. Denn wer im Spiel gewinnen will, muß auch Verluste tragen können.

Und dann trägt doch der städtische Grundbesitz ein groß Teil der Schuld an diesem kläglichen Ende. Wer war es denn, der die kinderreichen Familien verfehmt, der Kinder in „seinem" Hause nicht sehen wollte? Familien mit vier und mehr Kindern bekamen doch nur noch dort eine Wohnung, wohin kein anderer mehr ziehen wollte. Waren doch meinem Hauswirt anno 1917 bei einer 4-Zimmer-Wohnung schon zwei Kinder zuviel!

Und dieses unmoralische Verlangen nach Kinderlosigkeit war doch wohl die Schuld, daß Deutschland aus Mangel an ausgebildeten Soldaten seine Anfangssiege 1914 nicht ausnützen konnte und wegen schlechter Reserven in der Marneschlacht verlor. Also, Ihr Herren Hauswirte: Kein Schreien

Im Nachbarhause links.

9) Novelle von **Theodor Storm.**

(Schluß)

Sie war so schwach, daß ich sie die Treppe fast hinuntertragen mußte; dennoch, als wir unten angelangt waren, schleppte sie sich an die Haustür, und ich hörte, wie sie hinter mir die Kette einhakte.

Beim Austritt aus dem Hause sah ich unsere junge Freundin Mechtild die Straße herabkommen. Schon verspürte ich eine Neigung, ihr womöglich zu entweichen — denn ich schämte mich etwas meines Jesuitismus zu ihren Gunsten —, als ich in ihrer heiteren Weise von ihr angerufen wurde.

‚Nun, Herr Stadtsekretär? Sie kommen aus dem Hause meiner Tante?'

‚Freilich,' erwiderte ich, ‚die, wie Sie sagen, nicht Ihre Tante ist.'

‚Was hatten Sie dort zu tun? Am Ende sind Sie es, der mir die große Erbschaft weggefischt!'

‚Gewiß! Warten Sie nur noch ein paar Tage, da werden sich große Dinge offenbaren.'

‚Und Sie glauben wohl, ich werde Ihnen jetzt eine Szene weiblicher Neugierde zum besten geben! Sie irren sich, Herr Stadtsekretär! Aber' — und sie zeigte mit ihrem Sonnenschirm nach dem finsteren Hause, — ‚wenn Sie dort Gewalt haben, reißen Sie doch einmal alle Fenster auf. Die arme alte Frau — das wird ihr wohltun, wenn diese Frühlingsluft das Haus durchweht!'

Sie nickte mir zu und ging die Straße hinab.

Ich sah ihr lange nach und dachte: ‚Komm' du nur selbst hinein! Dir wird auf die Länge auch jenes arme alte Herz nicht widerstehen, du selber bist der rechte Frühlingsschein!'

•

‚Das Testament! Die Alte sagte, es habe Eile!' Mit diesem Gedanken war ich am anderen Morgen schon früh an meinem Schreibtisch, um einen möglichst vollständigen Entwurf desselben auszuarbeiten.

Während ich damit beschäftigt war, brachte meine Frau mir den Kaffee, den ich mir heute nicht Zeit ließ im Familienzimmer einzunehmen.

‚Du,' sagte sie, ‚es soll die Nacht wieder recht unruhig gewesen sein im Hause links.'

‚Schön!' erwiderte ich. ‚Nächstens soll es darin auch bei Tage unruhig werden!'

‚Nein, ohne Scherz! Die Mägde — ihre Kammer liegt ja nach jener Seite hin — sie haben es klirren hören, als wenn ein schwerer Geldsack auf den Boden fiele.'

‚Torheit!' sagte ich und schrieb, ohne aufzusehen, weiter; ‚die Alte hat gar keinen Geldsack mehr im Hause, nur einen Haufen goldener Spielmarken.'

Da klopfte es.

Auf mein ‚Herein' reckte sich ein alter Weiberkopf ins Zimmer. „Keine Menschenmöglichkeit, bei der Madame Jansen 'reinzukommen!' sagte die Brotfrau, die jetzt völlig zu uns eintrat. ‚Schon Glock' Sechsen hab' ich mit dem Klopfer aufgeschlagen, daß die Nachbarsleute vor die Tür kamen; es muß absolut was passiert sein, Herr Stadtsekretär!'

Das machte mich doch von meinem Tische aufspringen, denn das Klopfen hatte ich freilich auch gehört.

Als wir auf die Straße kamen, war schon ein benachbarter Schlosser mit seinem Werkzeug angelangt. Ich hieß ihn die Haustür öffnen und, als das geschehen war, die innen vorgelegte Kette durchfeilen. Dann traten wir in das untere Zimmer.

Es sah noch wüster als gewöhnlich aus. Schränke und Kommoden waren von den Wänden abgerückt, das Bettzeug bis auf die unterste Strohmatratze ausgepackt; sogar der große Spiegel, wie beim Auflüpfen verschoben, hing fast quer vor den beiden Fenstern; es mußte hier allerdings recht unruhig zugegangen sein.

Aber noch mehr des nächtlichen Spukes bestätigte sich: der Fußboden war mit blanken Speziestalern wie besät; in der Mitte desselben lag der alte Soldatenmantel; ein offener, aber noch halbgefüllter Geldsack ragte daraus hervor, augenscheinlich das Füllhorn, dem diese blinkenden Schätze entrollt waren.

Eine Weile standen wir, ohne eine Hand zu rühren; dann bückte sich der Schlosser und hob den Mantel auf. Ein kleiner zusammengekrümmter Leichnam lag darunter, die Leiche meiner Nachbarin Madame Sievert Jansen. — Das schöne übermütige Kind, das einst das Knabenherz des Großvaters mit so unvergänglicher Leidenschaft erfüllt hatte, das lebensprühende Frauenbild, dessen Scheingestalt noch jetzt von der Wand des öden Saales herabblickte — was hier zu meinen Füßen lag, es war der Rest davon.

•

Was soll ich weiter erzählen! Eine förmliche Haussuchung, die nach dem Begräbnis der alten Dame abgehalten wurde, ergab, daß überall, im Keller wie auf den Böden, hinter Dachsparren und Paneelen, noch mancher Jahrgang ihrer Zinsenernten versteckt lag; nur der rotseidene Beutel mit den fremden Goldmünzen ist niemals aufgefunden worden.

Das neue Testament war nicht zustande gekommen; und so ist das bedeutende, wenn auch nicht fürstliche Vermögen, wie vorher bestimmt war, mit drei Vierteln an das Land- und Seespital gefallen. — Ob die blaunasigen alten Burschen jetzt alten Jamaika-Rum in ihren Flötenvögeln haben, bin ich nicht in die Lage gekommen, zu untersuchen; nur weiß ich, daß sie jetzt in doppelten Reihen auf den Bänken sitzen und ihren Vogel nach wie vor recht fleißig aus der Tasche holen.

Und Mechtild? — Sie hat dennoch ihren Leutnant geehelicht, der jetzt sogar ein Oberstleutnant ist. Da sie bald nach ihrer Verheiratung unsere Stadt verließ, so vermag ich Näheres über sie nicht zu berichten; hoffen wir indes, daß sie auch in ihrem späteren Alter ein wenig höher geblieben ist als das um sie herum. Mitunter ist ja doch dergleichen vorgekommen.

In dem alten Hause spukt es selbstverständlich, zumal wenn sich die Todesnacht der armen Greisin jährt; dann hört man sie auf Trepp' und Gängen stöhnen, als jammere sie über die vergrabenen Schätze ihrer Jugend.

„Und daß es noch dergleichen in der Welt gibt" — so schloß mein Freund seine Erzählung, indem er sich statt der längst in Rauch aufgegangenen eine neue anzündete —, „das und den Dampf einer guten Importierten, beides finde ich unter Umständen außerordentlich tröstlich."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191127-11/fragment/page=0005
DFG

und Toben, sondern reuevolles Insichgehen und Bekennen: wir sind allzumal Sünder!

Um aber den Herren von der Hausbesitzerzunft keine falsche Fährte zu weisen, sei ihnen gesagt: Schreiber dieses ist nicht etwa ein mit den Verhältnissen des Grundbesitzes unbekannter Schwätzer, der einem ehrlich Arbeitenden seinen Mehrverdienst „nicht gönnt", sondern er hat selbst sieben Jahre lang ein Grundstück verwaltet und denkt in absehbarer Zeit auch in die Reihen der Hausbesitzer zu treten durch Erbschaft elterlichen Besitzes; aber nicht, um dann „seinen" Mietern die Daumenschrauben anzusetzen. A. S.

Einwohnerzahl der Ortschaften des Saalkreises

nach der letzten Volkszählung am 8. Oktober 1919.

Städte: Könnern 4229, Löbejün 2802, Wettin 2769; Gemeinden: Ammendorf 6267, Bebitz 340, Beesedau 491, Beesenlaublingen 1132, Beidersee 148, Benndorf 203, Bennewitz 200, Böllberg 952, Brachstedt 656, Brachwitz 645, Braschwitz 304, Bruckdorf 1139, Büschdorf 1095, Burg i. A. 177, Burg b. R. 225, Canena 1621, Capellenende 163, Custrena 166, Dachritz 308, Dalena 234, Dammendorf 324, Deutleben 193, Diemitz 2913, Dieskau 780, Dobis 323, Döblitz 299, Dölau 2788, Döllnitz 1932, Dößel 304, Domnitz 454, Dornitz 211, Eismannsdorf 263, Friedrichsschwerz 279, Frößnitz 88, Garsena 143, Gimritz b. W. 348, Görbitz 62, Golbitz 198, Gottenz 332, Gröbers 938, Groitsch 278, Großkugel 493, Gutenberg 602, Harsdorf 132, Hohen 133, Hohenedlau 213, Hohenthurm 444, Inwenden 268, Kaltenmark 316, Kirchedlau 227, Kleinkugel 308, Krosigk 331, Lebendorf 668, Lehndorf 82, Lettewitz 364, Lettin 1772, Lieskau 749, Lochau 762, Löbnitz a. G. 133, Löbnitz a. L. 359, Merbitz 216, Mitteledlau 138, Möderau 214, Mötzlich 499, Morl 682, Mukrena 286, Nauendorf 696, Nehlitz 431, Neutz 462, Niemberg 750, Nietleben 4485, Obermaschwitz 92, Oppin 236, Oppin-Freiheit 258, Osendorf 2017, Osmünde 884, Peißen 564, Petersberg 306, Planena 118, Plößnitz 220, Pranitz 127, Priester 236, Pritschöna 184, Rabatz 256, Radewell 2642, Rahnitz 127, Reideburg 775, Rosenfeld 455, Rothenburg 1041, Schiepzig 508, Schlettau b. L. 380, Schönnewitz 1063, Schwertz 346, Schwoitsch 458, Seeben 1058, Sennewitz 635, Sieglitz 135, Spickendorf 286, Sylbitz 189, Teicha 631, Tornau 268, Trebitz b. K. 433, Trebitz a. P. 220, Trebnitz 646, Untermaschwitz 137, Unterpeißen 463, Wallwitz 439, Wesenitz 149, Westenitz 142, Wieskau 321, Wörmlitz 988, Wurp 131, Zöberitz 444, Zwintschöna 711, Zscherben 1085; Gutsbezirke: Beesen a. E. 68, Brachstedt 97, Brachwitz 34, Dammendorf 30, Dieskau 98, Döllnitz 93, Granau 48, Gutenberg 87, Hohenthurm 121, Krosigk 30, Lettin 24, Merbitz 142, Mücheln 97, Neubeesen 123, Niemberg 59, Peplitz 168, Reideburg 80, Rothenburg 99, Sagisdorf 41, Dölauer Heide 35, Stichelsdorf 38, Wettin 30, Wörmlitz 27, Zöckeritz 5; zusammen 81 409 Einwohner.

Künstlerischer Wettbewerb.

Der Magistrat schreibt uns:

Zur Erlangung von Entwürfen für die künstlerische Ausgestaltung der Kriegerabteilung auf dem Gertraudenfriedhof wird unter den z. Zt. in Halle ansässigen Bildhauern, Bau- und Gartenkünstlern ein öffentlicher Wettbewerb ausgeschrieben, zu welchem noch gegen besondere Vergütung einige hiesige Architekten und Bildhauer eingeladen worden sind.

An Preisen sollen verteilt werden: ein 1. Preis von 1500 Mark, ein 2. Preis von 1000 Mk., ein 3. Preis von 500 Mk.

Als Preisrichter sind gebeten worden: Architekt Professor Högg, Dresden-Radebeul, Architekt Regierungs-Baurat Hecke, Berlin W., Maler Cäsar Klein, Berlin-Steglitz, Stadtbaurat Jost, Halle, Architekt Dipl.-Ing. Schramme, B. D. A., Halle, Friedhofsinspektor Cyrenius, Halle.

Die Entwürfe sind bis zum 14. Februar 1920 beim städtischen Hochbauamt, Rathausstr. 6, einzureichen.

Die Wettbewerbsbedingungen werden beim städtischen Hochbauamt, Rathausstr. 6, Zimmer 106, täglich von 10 bis 3 Uhr, an Bewerber gegen Bezahlung von 3 Mk. abgegeben, die bei Einsendung des Entwurfs zurückerstattet werden.

Die Fürsorgestelle für Lungenkranke,

Salzgrafenstraße 1, wurde im Monat Oktober von 1293 Personen besucht. 157 Zugänge wurden gezählt. Von den Besuchern entfielen 215 auf die Röntgenabteilung. Aerztliche Untersuchungen fanden in 369 Fällen statt. Zur ärztlichen Behandlung wurden 55 Kranke an den Kassenarzt, Hausarzt bezw. an die Kliniken überwiesen, denn die Fürsorgestelle selbst übt eine Behandlung nicht aus, sondern beschränkt sich auf die Feststellung, ob Tuberkulose vorliegt oder nicht. Bei Erkrankten oder tuberkulosegefährdeten Personen hilft dann die Fürsorgestelle durch Gewährung oder Empfehlung von Nahrungsmittelzulagen (Milch, Butter, Käse, Hafermehl, Fleisch und Weißbrot) oder durch Beihilfen zu Heilstättenkuren. Im abgelaufenen Monat geschah das zwölfmal. Andererseits veranlaßt die Fürsorgestelle Aufnahme in Krankenhäuser und in das Pflegeheim (1), empfiehlt Kinder für Kuren an den Schularzt (36), stellt Putz- und Waschfrauen bei Schwerkranken, veranlaßt die Aufnahme von Kindern in die hiesige Kinderheilstätte (7), in Krippen und Säuglingsheime (2). Auch die Zulage von Kohlen und die Abgabe von Petroleum wird durch die Fürsorgestelle vermittelt.

Impfungen auf Tuberkulose wurden 167mal ausgeführt. Hausbesuche bei Kranken und Dienstwege erledigten die Schwestern 696. Offene Tuberkulosen wurden 225 überwacht. Der hiesigen Allgemeinen Ortskrankenkasse gehörten von den Besuchern der Fürsorgestelle 211 an, Familienangehörige 149 Personen. Blutfarbstoffuntersuchungen wurden 36mal vorgenommen. In 15 Fällen ergab sich eine starke Abweichung von dem normalen Prozentsatz. Von den 142 Aufnahmen in der Röntgenabteilung wurden 77 von der Fürsorgestelle aus veranlaßt. In 19 Fällen ergab sich ein Freisein von Tuberkulose, in 11 Fällen das Vorliegen von anderen Erkrankungen. In allen übrigen Fällen wurden tuberkulöse Veränderungen festgestellt. Der große Wert einer guten Röntgenaufnahme für die Beurteilung von Lungenkrankheiten wird von Monat zu Monat augenfälliger.

Zur Aufklärung über die Tuberkulose findet der nächste öffentliche unentgeltliche Vortrag am Montag, den 1. Dezember, statt. Es spricht Herr Schularzt Dr. Peters über „Die Tuberkulose in der Schulzeit".

*** Sie gestehen ihre Kurzsichtigkeit ein** — weiter kann man eigentlich nichts sagen zu der Schimpfepistel, die die unabhängige Ortsverwaltung der Holzarbeiterversammlung gegen unsere unwiderlegliche Richtigstellung des Bethmann-Inserats vom Stapel läßt. Sie haben sich bald eine volle Woche abgemüht, ehe sie das Elaborat zusammen hatten und sagen doch weiter nichts, als was sie schon beim erstenmal gesagt hatten. Man denkt unwillkürlich bei dem ganzen Geschreibsel an Kostproben aus einem Indianerschmöker. Die ganze Borniertheit und Ueberheblichkeit derer offenbart sich in der „Rechtfertigungsnotiz", die in ihrem wilden Parteihaß immer und immer wieder die Arbeiterschaft schädigen und deren Interessen mit Füßen treten. Wir haben nicht nur behauptet, wir haben bewiesen, daß das Inserat versehentlich hineingekommen ist, daran ändert auch die frechste Demagogenstirn nichts. Wir betonen nochmals, daß wir trotz der gewiß stupide wiederkehrenden, dummen Verleumdungen, daß wir den gerechten wirtschaftlichen Kampf der Holzarbeiter unterstützt haben und weiter unterstützen werden.

Gewiß, es gibt wohl Leute, die den Streikbruch bei diesem Holzarbeiterstreik gefördert haben, aber die sitzen im unabhängigen Lager, es sind die Freunde der unabhängigen Holzarbeiterverwaltung. Die unabhängige Verwaltung des Eisenbahnerverbandes hat ihre Bureaueinrichtung gerade jetzt bei der bestreikten Firma Reinicke u. Andag eingekauft, gerade bei dem Herrn Andag, der die Seele der Unternehmer des halleschen Holzgewerbes und ein kleiner großer Scharfmacher ist. Hier ist man den streikenden Holzarbeitern in den Rücken gefallen und hat direkt das Unternehmertum unterstützt. Krach hat es hier allerdings auch gegeben, nur hat die Holzarbeiterverwaltung diesen Krach mit ihren unabhängigen Freunden nicht öffentlich, sondern hinter den Kulissen abgemacht, damit die Holzarbeiter von dieser wirklichen Förderung des Streikbruchs nichts erfahren.

Infolge Petroleummangels müssen die Petroleumverkaufsstellen von Freitag, den 28. November ab auf einige Tage geschlossen werden. Die Wiedereröffnung der Verkaufsstellen wird bekanntgegeben.

*** Bitte für die Bedürftigsten.** Man schreibt uns: Die Wohltätigkeits-Vereinigung Zigarrenköpfchensammler zu Halle hielt eine Sitzung ab, um seitens der Mitglieder Vorschläge zur Weihnachtsbescherung armer Waisenkinder entgegen zu nehmen. Leider bleiben diesmal Preise für Schuhwaren, Wäsche, Kleider unerschwinglich hoch, was um so schwerer ist, weil viele Kinder, namentlich solcher gefallener Krieger berücksichtigt werden sollen. Alle Kreise sind deshalb herzlich gebeten mitzuhelfen, und Zigarrenköpfchen, unbrauchbare Zigarren, Zigarrenbänder, leere Zigarrenkisten, Flaschenkapseln, Flaschenkorke, Staniol, fremde Geldmünzen, alte Metallteile usw. nicht liegen zu lassen, sondern die Aermsten von diesbezüglicher städtischer Verwaltung dahin geprüft versorgt bleiben. Hauptsächlich finden Zigarrenköpfchen gute Verwertung. Freigemachte Pakete von außerhalb erreichen dankbaren Gebrauch. Ohne die Hauptsammel-Zentrale E. Lehmann, Rentier, Lessingstr. 38, nehmen noch diejenigen Stellen Spenden entgegen, wo entsprechende Plakate sichtbar hängen. Gütige Geldspenden wolle man dort ebenfalls oder dem Leiter der Vereinsleitung Kaufmann Reinhold Aßmann, Gr. Ulrichstraße 49, übermitteln.

Kleines Feuilleton.

Die Kritik über die dritte Aufführung des Pfitznerzyklus (Christ-Elflein) mußten wir wegen technischer Schwierigkeiten zu morgen zurückstellen.

Der Künstlerverein auf dem Pflug legt Wert auf die Feststellung, daß Herr Otto Brattskoven, der die Kritik über die Hallesche Kunstausstellung in der „Volksstimme" schrieb, Mitglied der Halleschen Künstlergruppe ist.

Das Drama der Jugend in Deutschland. Die vier Vorträge von Privatdozent Dr. Wolfgang Liepe, die den aus den Jugendbewegungen des Dramas gewählten Aufführungszyklus des Stadttheaters einrahmen, wollen über eine Einführung in das Verständnis der einzelnen Werke hinaus eine Gesamtcharakteristik der jeweiligen Jugendbewegung geben. Der zweite Vortrag: „Die romantische Jugendbewegung" findet am Sonntag, den 30. November, vormittags ½12 Uhr, im Stadttheater statt. Als romantisches Drama folgt in der Woche darauf die Abendvorstellung von Hölderlins „Der Tod des Empedokles". Karten zum Vortrag an der Kasse des Stadttheaters zu 4, 3, 2, 1,75, 1,50, 1, 0,75, 0,60 Mk.

Stadttheater. Heute, Donnerstag, abends 8 Uhr, findet die letzte Veranstaltung im Pfitzner-Zyklus statt und zwar ein „Orchester-Konzert" unter Leitung von Prof. Dr. Hans Pfitzner. Den solistischen Teil des Abends haben Gertrud Meinel, Dresden, und Wilhelm Guttman, Berlin, übernommen. Am Freitag geht „Don Carlos" in neuer Einstudierung unter Spielleitung von Dr. Edgar Groß in Szene. Die Aufführung beginnt am 7 Uhr. Für den erkrankten Herrn Volke hat Herr Friedrich Carlmayer aus Erfurt die Rolle des Herzog Alba übernommen. Der Theateranzeiger enthält eine kurze Darlegung der für die Neuinszenierung maßgebenden Gesichtspunkte. Sonnabend findet eine Wiederholung von „Tosca" statt. Sonntag vormittag 2. Vortrag im Zyklus „Das Drama der Jugend in Deutschland" von Privatdozent Dr. Wolfgang Liepe über „Die romantische Jugendbewegung", nachmittags Volksvorstellung „Kameraden", abends „Das Christelflein".

Konzertmeister Schachtebeck hat im Liederabend von Irma Petar den Violinenpart übernommen. Das Konzert findet am Freitag, den 28. November, im Mozartsaal, Weidenplan, statt. Gute Plätze sind noch zu haben bei H. Hothan.

Gewerkschaftliches.

Die unabhängige Minier- und Zersetzungsarbeit.

Das Bestreben, den Deutschen Metallarbeiterverband zu einer Filiale der Unabhängigen Partei umzugestalten, wird munter fortgesetzt. Nachdem Dißmann, über dessen unterirdische Minierarbeit wir gelegentlich der Wahlen zum Verbandstage unterrichteten, den erstrebten Posten des Zentralvorsitzenden in Besitz genommen hat, fand er in einem Frankfurter Gesinnungsfreunde Karl Beul einen gelehrigen Schüler. Für die demnächst erfolgenden Wahlen zum Verbandsbeirat des Metallarbeiterverbandes wird, wie der „Vorwärts" veröffentlichen kann, von ihm folgende unterirdische Arbeit geleistet:

Persönlich! Bitte intern zu behandeln!

Frankfurt a. M., den 11. November 1919.

Lieber Freund! Achtet auf die in den einzelnen Bezirken in den nächsten Wochen stattfindenden Bezirkskonferenzen unseres Verbandes.

Die Konferenzen haben u. a. die Wahlen zum Beirat vorzunehmen, desgleichen zur erweiterten Bezirkskommission (7 Mitglieder aus dem Bezirk). Haltet daran fest, daß diese Wahlen vorgenommen werden nicht nach der Kopfzahl der Delegierten, sondern nach der von den Delegierten vertretenen Mitgliederzahl. Ausdrücklich ist bei der Beratung des Statuts (Bezirkskonferenzen) auf dem Verbandstag vom Berichterstatter der Statutenberatungskommission wie von Delegierten erklärt worden, daß zu den wichtigen Abstimmungen, bei denen nach den Mitgliederzahlen abgestimmt wird, oben genannte Wahlen gehören. Daran haltet fest.

Die Abstimmungen mögen etwas komplizierter werden. Doch das ist leicht zu überwinden. Nehmen wir z. B. folgenden Fall:

Eine Verwaltungsstelle mit 9000 Mitgliedern ist durch drei Delegierte auf der Bezirkskonferenz vertreten. Es erfolgt die Wahl. Dann hat jeder Delegierte der drei Delegierten 3000 Mitglieder zu vertreten, und so wie er stimmt, werden die 3000 Mitglieder für den einen oder anderen Kandidaten, den er wählt, gezählt. Die Abstimmung über die Kandidaten wird nach Lage der Sache eine öffentliche sein müssen, d. h. der einzelne Delegierte hat die Kandidaten zu benennen, die er wählen will.

Wichtig und unbedingt notwendig ist, daß die oppositionellen Kollegen, die auf dem Stuttgarter Verbandstag waren, auch ungesäumt mit oppositionellen Kollegen aller der Verwaltungsstellen in Verbindung treten, die in Stuttgart nicht durch einen oppositionellen Delegierten vertreten waren. Zur Bezirkskonferenz schickt jede — auch die kleinste — Verwaltungsstelle ihre Delegierten. Drum setzt Euch bitte sofort mit oppositionellen Kollegen aller Verwaltungsstellen in Verbindung, damit bei den Vorbereitungen zu den Bezirkskonferenzen (Wahl der Delegierten usw.) nichts versäumt wird. Ihr wißt, daß die Wahlen zum Beirat und der Bezirkskommission von großer Bedeutung sind. Handelt entsprechend.

Mit bestem Gruß

Karl Beul, Frankfurt a. M., Schönhofstr. 11.

Ob nicht doch schließlich die Arbeiter merken, wie sie von den unabhängigen Kulissenschiebern genarrt werden, die auf dem Verbandstage in einer Resolution feierlich erklären ließen, daß den Mitgliedern in weitgehendstem Sinne das Mit- und Selbstbestimmungsrecht zu gewährleisten ist?

14. Verbandstag des Glaserverbandes.

Der Zentralverband der Glaser und verwandter Berufsgenossen Deutschlands hält am 7. Dezember und folgende Tage seinen 14. Verbandstag im Restaurant „Zum Gotthardt" in Erfurt ab. Die Tagesordnung umfaßt hauptsächlich nur Punkte, die das innere Verbandsleben berühren, und sind dabei Referate über die Erwerbslosenfürsorge, Einführung eines Reichstarifes im Glasergewerbe und die Lehrlingsfrage vorgesehen. In der siebenjährigen Geschäftsperiode seit dem letzten Verbandstag 1912 in Dresden war der Verband intensiv auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsbedingungen tätig und hat dabei wesentliche Vorteile für die Mitglieder errungen.

Die Mitgliederbewegung zeigt nicht das sprunghafte Aufwärtsgehen wie bei anderen Verbänden. Bei Ausbruch des Krieges zählte der Verband 4224 Mitglieder. Diese Zahl sank durch Einberufung zum Militär im vierten Quartal 1914 gleich auf 2386, wovon auch noch 909 Mitglieder am Orte und 62 auf der Reise arbeitslos waren. Während des Krieges ging die Mitgliederzahl im dritten Quartal 1917 auf 629 herunter, indem etwa rund 3000 zum Militärdienst eingezogen waren, davon sind rund 500 als gestorben und gefallen gemeldet worden. Für die Kriegerfamilien wurden seit Ausbruch des Krieges bis 31. Dezember 1918 an Unterstützungen 28 500 Mark ausgegeben. An Arbeitslosenunterstützung 92 376 Mk., so daß in dieser Zeitperiode insgesamt 150 500 Mk. für Unterstützung ausgegeben wurden.

Obwohl verschiedene Ortsverwaltungen geschlossen werden mußten, weil die Mitglieder durch Uebertritt in andere Verbände verlorengingen, ist die Mitgliederzahl bis Oktober d. J. wieder auf 4020 angewachsen.

Die Kassengebarung des Verbandes weist bedeutende Ausgaben während des Krieges auf und bedarf der Regulierung. Nach Abschluß des zweiten Quartals d. J. beträgt der Bestand der Hauptkasse 74 898 Mk., und beweisen die zahlreich gestellten Anträge auf Beitragserhöhung, daß die Mitglieder gewillt sind, die finanzielle Kraft des Verbandes wesentlich zu stärken.

Eingesandt.

(Für die Veröffentlichungen unter dieser Ueberschrift übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung).

Immer steigende Preise statt Abbau.

Man liest soviel vom Abbau der Preise, wie das aber in praxi aussieht, lehrt uns die rauhe Wirklichkeit Tag für Tag. Jetzt ist wieder die Grude auf 6,50 M. pro Zentner gestiegen. Wo bleibt da das Wuchergesetz und wo die Polizei? Wer will diese stetigen Steigerungen rechtfertigen. Es geht den Verbrauchern da wie Deutschland der Entente gegenüber: er muß sich in alles fügen und darf nicht mucken, denn sie sind die stärkeren. Eier kosten jetzt 2,25—2,50 Mk., aber nichts rührt sich, um dagegen Front zu machen. Wir bekommen Margarine und müssen sie mit 9.05 M. das Pfund bezahlen. Will man damit die Schleichhandelspreise für Butter hinauftreiben? Ich bewundere nur die Ruhe der Halleschen Bürger, die anstandslos diese Preise bezahlen. Was denken sich denn die Instanzen, die diese Preise festsetzen oder genehmigen? U. A. w. g. A. S.

Briefkasten der Redaktion.

Sch., Könnern. Für Mittwoch zu spät mit der Post eingegangen.

W., Halle. Das Gedicht, das nicht übel ist, können wir trotzdem nicht zum Abdruck bringen.

K., Zeitz. Sie sollten einmal auf den Tisch schlagen. Das wird gewiß helfen.

Amtliche Bekanntmachungen für Delitzsch.

Es ist die Wahrnehmung gemacht worden, daß seitens einzelner Pächter ohne unser Wissen After-Verpachtungen vorgenommen worden sind.

Wir machen darauf aufmerksam, daß diese nach dem Pachtvertrage ausdrücklich verboten ist. Zur Vermeidung von Pacht-Entziehungen fordern wir die in Frage kommenden Pächter auf, After-Verpachtungen bis zum 15. Dezember 1919 unter Vorlegung der Pachtverträge in unserem Rechnungsbüro, Rathaus 2 Treppen, anzuzeigen. Stellen sich nach diesem Termine nicht angezeigte After-Verpachtungen heraus, so ist damit zu rechnen, daß ohne Zutun des Pächters anderweit über Pachtländereien verfügt werden wird.

Delitzsch, den 18. Nov. 1919. **Der Magistrat.**

Amtliche Bekanntmachungen für Weißenfels.

Fleischabgabe.

Die Fleischmenge für die Woche vom 24. bis 30. November beträgt: 100 Gramm Fleisch mit Knochen oder Wurst, 80 Gramm Fleisch ohne Knochen oder Gehacktes. Auf Kinderkarte die Hälfte.

Es haben nur Fleischmarken (Nr. 1) für die Woche vom 24. bis 30. November, Gültigkeit.

Weißenfels, den 26. November 1919. **Der Magistrat.**

Verkauf von Hasenfleisch.

Inhaber der Margarinekarte 26 706 bis 27 075 können auf die Marke 21 vom Freitag früh ab je ½ Pfund Hasenfleisch zu 2 Mk. bei Hollsteins Delikatessenhaus 26 706 bis 26 775; Schlesing, Nikolaistraße 26 776 bis 27 075, kaufen.

Die bis 28. November, abends 6 Uhr, nicht verwendeten Marken verlieren ihre Gültigkeit. Beim Verkauf ist die Stammkarte vorzulegen.

Betr. Griesverteilung.

Für eine 125 Gramm-Griesverteilung wollen die Kleinhändler Säcke mit dauerhaft befestigter Firmenbezeichnung bis zum 27. November, nachm. 3 Uhr, im Lebensmittelamt, Leopold-Kell-Str. 14 abliefern.

Weißenfels, den 26. November 1919. **Der Magistrat.**

Petroleumverkauf. Am Donnerstag, den 27. und Freitag, den 28. November findet in den nachstehenden Geschäften der Verkauf von Petroleum auf die Novembermarke 1 wie folgt statt: Kaufmann K. F. Petzold, Markt, Mittwoch 1—350, Donnerstag 351—700; Paul Kuhno, Nikolaistr., Mittwoch 701—1050, Donnerstag 1051—1400; Alwin Pätzold, Leipziger Str., Mittwoch 1401—1750, Donnerstag 1751—2100; Albert Hoske, Tagewerbener Str., Mittwoch 2101—2450, Donnerstag 2451—2800; Konsumverein, Schillerstr., Mittwoch 2801—3150, Donnerstag 3151—3500; Wilh. Fischer, Jüdenstr., Mittwoch 3501—3850, Donnerstag 3851—4250. Auf jede Marke werden ½ Liter Petroleum zum Preise von 1.10 Mk. abgegeben.

Weißenfels, den 25. Nov. 1919. **Der Magistrat.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191127-11/fragment/page=0006